

Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler

Außenpolitik und Volksgruppenfrage 1919—1944

Von Joachim Küh l

Zwei Nächte folgten ohne Tag aufeinander. Die Nacht des Nationalsozialismus wurde für Ungarn durch die Nacht des Bolschewismus abgelöst, „ohne daß es am Himmel Ungarns auch nur für einen Augenblick Tag geworden wäre“¹⁾. So deutet ein Politiker der Kleinlandwirtepartei, der 1947 in die Emigration ging, die jüngste Geschichte seines Vaterlandes. Verantwortlich macht er für die erste Nacht, die über Ungarn hereinbrach, das schwache Staatsoberhaupt und gewisse madjarische Schichten und Gruppen, die sich völlig dem Nationalsozialismus erschlossen hätten. Ein kleiner Teil des Mittelstandes und ein Bruchteil der Industriearbeiterschaft sei „von der nazistischen Seuche infiziert“ worden, verschiedene Journalisten seien dann „im Dienst für den Nationalsozialismus noch weiter . . . als selbst die Deutschen gegangen“. Im Grunde sei — so darf man Culyoß wohl interpretieren — an dem „vorgeschriebenen Tanz der Marionettenregierung“ H o r t h y schuld gewesen. „Wenn ihm schon die Gnade des Heldentodes versagt geblieben ist, so hätte er wenigstens seinen Rücktritt nehmen müssen . . . Er hat das nicht getan, er liebte seine Stellung als Reichsverweser mehr als das ungarische Volk und dessen Ruf.“

Dezsö Culyoß gehörte zu jener Gruppe der Kleinlandwirtepartei, die während des 2. Weltkrieges entstand und sich später auf Anregung des Fürstprimas M i n d s z e n t y mit der christlichen Partei des Grafen P á l f f y zur „Ungarischen Freiheitspartei“ (Magyar Szabadság Párt) zusammenschloß. Seine Beurteilung der deutschen Politik zwischen 1933 und 1945 ist ausgesprochen negativ, während er zunächst gewisse Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit Moskau setzte. Obwohl Culyoß nach 1945 als Ankläger in Volksgerichtsprozessen fungierte, vertrat er später einen entschieden antibolschewistischen Kurs. Seine Stellungnahme zu Fragen des ungarländischen Deutschtums weist erhebliche Diskrepanzen auf: für den ungarischen Hausgebrauch bringt die im Karpaten-Verlag, München, erschienene „Magyar tragédia“ 1954 allerlei Vorwürfe gegen die Volksdeutschen, während sich das 1948 unter dem frischen Eindruck der Not und Flucht in deutscher Sprache geschriebene Buch „Zwei Nächte ohne Tag“ keineswegs die Argumentation zu eigen macht, die in zahlreichen Erinnerungsschriften der madjarischen Emigration üblich zu werden scheint. In diesen Schriften wird nämlich mehr oder weniger deutlich der Versuch gemacht, einen erheblichen Teil der Schuld am Unglück Ungarns den Volksdeutschen in die Schuhe zu schieben. Das ist etwa bei dem jetzt an der Universität Notre Dame in Indiana wirkenden Stefan Kertész²⁾ der Fall, der nach 1945 das volksdemokratische Ungarn als Gesandter in Rom vertrat und dort den Versuch machte, der Kurie eine Verständigung zwischen der kommunistischen Budapester Regierung und dem Heiligen Stuhl dann als möglich darzustellen, wenn man nur auf den Fürstprimas Mindszenty, dessen Intransigenz die Lage vergifte, verzichten würde.

Den gleichen Ton stimmt der ehemalige Landwirtschaftsminister im Kabinett G ö m b ö s und spätere Ministerpräsident K á l l a y³⁾ an. Bei der Suche nach dem Sündenbock entwickelt er allerdings einen ganz besonderen Stil. Um die Schuld der Volksdeutschen zu erweisen, greift er sogar das Thema der Madjarisierung auf. Seit Jahrzehnten ist die Madjarisierung von Engländern (z. B. Seton Watson sen.), Norwe-

gern (Björnson), Slowaken, Rumänen, Serben, Kroaten, Ukrainern und Deutschen als eine der großen Sünden Ungarns dargestellt worden. Kállay hat sich stets für die Assimilierung der im Lande lebenden Nichtmagyaren eingesetzt und ist ja auch 1932 einem Kabinett beigetreten, das die Förderung der Namens-Magyarisierung als eine seiner besonderen Aufgaben ansah. Heute sind in seinen Augen vor allem die Politiker und Militärs für das Unglück des Landes verantwortlich, die eigentlich deutscher Herkunft waren. Man fühlt sich lebhaft an die Dissimilationsdebatte⁴⁾ erinnert, die längere Zeit die Budapester Zeitschriften bewegte — aber man muß sich doch fragen, mit welchem Rechte ein ehemaliger Ministerpräsident das Handeln von Personen, die sich bewußt vom volksdeutschen Leben distanzieren und insbesondere durch die Magyarisierung ihres Namens ein Treuebekenntnis zum Magjarentum ablegten, auf das Konto des ungarländischen Deutschtums abbucht? Diesem Buchungsvorgang schließt sich übrigens auch der Historiker John A. Lukács⁵⁾ an, der jetzt am katholischen Chestnut Hill College in Pennsylvania wirkt.

Noch schärfer sind die Urteile von Imre Kovács⁶⁾, der ja vor 1945 innenpolitisch wesentlich weiter links stand als Kállay, Kertész, Lukács und Sulyoé. Bei ihm lesen wir: „Hitler gelang es, in die verschiedensten Sektoren des ungarischen Lebens einzudringen: neben den offiziellen Verhandlungen und der militärischen Zusammenarbeit sicherte er sich auch durch Aufputschen der ungarländischen Volksdeutschen, durch das Erwecken ihres deutschen Nationalgefühls und durch die Unterstützung der Pfeilkreuzlerbewegung gewisse Erfolge. Die Schwaben, wie man die Volksdeutschen bei uns nennt, wußten ihre Interessenorganisationen auszubauen; sie begannen auf dem Gebiete der kulturellen Interessen, dann forderten sie autonome Rechte. Mit zielbewußter Politik gelangten sie vom „Kulturbund“ zum „Volksbund“. Der Führer des deutschen Volksbundes in Ungarn, Dr. Franz Basch, machte sich allmählich von der ungarischen Regierung unabhängig, er empfing seine Weisungen von Berlin, wohin er auch seine Meldungen erstattete. Die deutsche Regierung entzog die Schwaben der ungarischen Souveränität⁷⁾. In den von Schwaben bewohnten Gegenden führten die Deutschen Musterungen durch und reiheten die Rekrutierten in SS-Regimenter ein. Zugleich verließ man ihnen das deutsche Reichsbürgerrecht, und die daheimgebliebenen Angehörigen dieser SS-Männer terrorisierten die ungarische Bevölkerung. Hitler konnte sich auf die ungarländischen Schwaben zu jeder Zeit verlassen, der Einmarsch in Ungarn bereitete ihm keine Sorge, denn die Truppen und die Gestapo wurden von den Volksdeutschen geführt. Volksdeutsche SS-Formationen bewachten die Gefängnisse, die zum Selbstbewußtsein aufgerüttelten Volksdeutschen bildeten den Stamm der Fünften Kolonne.“

Es wird Aufgabe unserer Betrachtungen sein, nachzuweisen, daß diese Behauptungen von Imre Kovács in allen wesentlichen Punkten falsch sind. Insbesondere wird sich dabei ergeben, daß Hitler und die NSDAP mit dem Erwachen des Nationalgefühls unter den ungarländischen „Schwabens“⁸⁾ nichts zu tun hatten; im Gegenteil, Hitler und die NSDAP haben noch lange nach 1933 das ungarländische Deutschtum bewußt nicht zur Kenntnis genommen, da ihnen die Beziehungen zur ungarischen Regierungspartei und dem Kreis um Reichsverweser Horthy wesentlicher waren.

Besonders schmerzlich ist es, im Chor der ungerechten Ankläger einen Historiker zu finden, der seinem Buche einen Anmerkungsapparat von 123 Seiten beigegeben hat, also gewohnt ist, Behauptungen zu belegen. Wir haben schon kurz auf John A. Lukács hingewiesen und wollen hier lediglich auf eine Behauptung eingehen, die das Südostdeutschtum im weiteren Sinne betrifft:

Im Zusammenhang mit der inneren Entwicklung Rumäniens kommt Lukács auch auf die Siebenbürger Sachsen zu sprechen und erwähnt dabei den Abgeordneten Hans Otto Roth, den Bischofsvikar Müller und den Volksgruppenführer Andreas

Schmidt. Roth bezeichnet er als einen „previously extreme Nazi“, der sich jedoch in einem bestimmten Augenblick für Antonescu und damit gegen Andreas Schmidt ausgesprochen habe. Schmidt, „ein Thüringer deutscher Christ“ (so im Wortlaut), habe mit den Legionären gemeinsame Sache gemacht. Diese Differenz zwischen Roth und Schmidt ergab eine Spaltung innerhalb der deutschen Volksgruppe Rumäniens. An einer anderen Stelle wird Bischofsvikar Müller, der von Schmidt angegriffen wurde, als ein Mann bezeichnet, der „eingeständenermaßen Nazi“ war. Überhaupt sei die deutsche lutherische Kirche Rumäniens unter dem Einfluß von Schmidt in ein „vollkommenes Nazi-Vollwerk“ verwandelt worden. Jeder Sachkenner weiß, daß von diesen Behauptungen keine einzige stichhaltig ist. Bekanntlich hat sich die sog. Erneuerungsbewegung in Siebenbürgen zunächst unter Fritz Fabritius in sehr gemäßigter Form entwickelt. Sie entstand aus einer Baugenossenschaft „Selbsthilfe“, die allmählich zu einer politischen Organisation wurde. Diese NEDK spaltete sich in einen mehr konservativen und einen radikalen Flügel. Der jahrelange Zwist wurde schließlich im Herbst 1938 durch einen Eingriff der Berliner „Volksdeutschen Mittelstelle“ im Sinne eines Kompromisses entschieden. An die Stelle von Fabritius tritt der Arzt Dr. Bruckner, gleichfalls ein Vertreter des konservativen Kurses. Gegenüber den Radikalen finden die gemäßigten Vertreter der Erneuerungsbewegung immer noch eine gewisse Hilfe bei den Dienststellen des Auswärtigen Amtes. In der Bukarester deutschen Gesandtschaft wirkt damals als Kulturattaché Herr von Haesten, ein enger Freund des am 30. 6. 1934 umgebrachten Dr. Edgar Jung. Seine Sympathien gelten in keiner Weise den Radikalen, später muß er sein Eintreten für ein konservatives Deutschland nach dem 20. Juli 1944 mit dem Tode büßen. Landesbischof der ev. luth. Kirche Rumäniens ist seit 1933 der Buchenlanddeutsche Dr. D. Viktor Glondys, ein entschiedener Gegner der Erneuerungsbewegung. Im Herbst 1940 kommt es dann auf allen Fronten zu einem Sieg der Radikalen und zwar durch einen erneuten Eingriff Berliner Parteidienststellen. An die Stelle Dr. Bruckners tritt Andreas Schmidt, ein Schwiegersohn des GG-Gruppenführers Berger. Er ist nicht, wie Lukács sagt, „Thüringer deutscher Christ“, sondern Anhänger der neuheidnischen Weltanschauung. Himmler vollzieht persönlich die „germanische Trauung“ von Eva Berger und Andreas Schmidt. Am 11. 11. 1940 wird in Mediaş die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) als eine betont nationalsozialistische Parteigliederung begründet. In der Landeskirche wird nach Absetzung von Glondys Dr. Wilhelm Stadel Bischof. Er steht der Erneuerungsbewegung nahe und versucht eine Synthese zwischen dem Christentum und der sog. nationalsozialistischen Weltanschauung. Sehr bald muß er erkennen, daß er durch Schmidt getäuscht wird: die durch Jahrhunderte bewährte Verbindung von Kirche, Schule und Volk wird in Siebenbürgen 1941 zerstört. Daß Hans Otto Roth nicht als Nationalsozialist angesehen werden kann, bedarf auch dann keiner weiteren Begründung, wenn man feststellt, daß Roth zeitweilig aus Gründen persönlicher Taktik Andreas Schmidt gegen die alte Volksgruppenführung unter Dr. Bruckner gestützt hat. Wie der damalige Bischofsvikar und jetzige Bischof Müller von nationalsozialistischen Kreisen eingeschätzt wurde, ergibt sich u. a. auch aus der Tatsache, daß er im Herbst 1940 nach der Ausschaltung von Bischof Glondys bewusst übergegangen wurde.

Angesichts dieser verschiedenen Behauptungen über einen inneren Zusammenhang zwischen dem Südosstdeutschum und der nationalsozialistischen Machtpolitik taucht eine Frage auf, die einer wissenschaftlich einwandfreien Beantwortung bedarf. Eingeschränkt auf den Bereich Ungarns lautet diese Frage: welche Bedeutung hatten das ungarländische Deutschtum und das volksdeutsche Problem bei der Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen Budapest und Berlin?

Eine Beantwortung dieser Frage setzt jedoch voraus, daß über die folgenden vier Tatbestände Klarheit geschaffen wird:

1. Wie gestalten sich zwischen 1919 und 1944 die deutsch-ungarischen Beziehungen in der Sicht der reichsdeutschen Politik? Es wird dabei nicht genügen, lediglich den Ablauf des diplomatischen Verkehrs abzuzeichnen. Neben dem amtlichen Kontakt zwischen Berlin und Budapest hat es vor allem in der Zeit der Weimarer Republik einen engen Gedankenaustausch, ja sogar zeitweilig eine rege Zusammenarbeit bestimmter rechtsgerichteter Kreise mit Ungarn gegeben. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit deswegen, weil sie auf ungarischer Seite unmittelbar auf den engsten Mitarbeiterkreis des Reichsverwesers Horthy zulaufen. Sie sind für die deutsche Politik nach 1933 auf der anderen Seite wichtig, weil sie von der NSDAP, der später alleinherrschenden Staatspartei, mitgetragen wurden. Man wird die Bedeutung Ungarns in der deutschen Außenpolitik nach 1933 nur dann zutreffend sehen können, wenn man neben dem diplomatischen Geschäftsverkehr auch die freundschaftlichen Verbindungen ins Auge faßt, die seit 1919 illegale, halblegale und legale politisch-militärische Kreise — vor allem in München — mit maßgeblichen Persönlichkeiten des Horthy-Kreises und anderen Wortführern des antibolschewistischen-antisemitischen Kurses unterhielten. Dabei geht es nicht so sehr um rechtsradikale Außenleiter, sondern um den engeren Mitarbeiterkreis des Reichsverwesers. Tatsächlich hat ja Reichsverweser Horthy bis zum Tode von Gömbös alle politischen Entscheidungen mit einem kleinen Kreis vorgeklärt, zu dem u. a. Graf Bethlen, Julius Gömbös und Tibor Eckhardt gehörten. Entscheidend für die Gestaltung der Beziehungen zu den deutschen Rechtsradikalen waren die Ereignisse nach dem Zusammenbruch der Räterediktatur. Damals entstanden politische Kontakte, die die Mitglieder des Kabinetts mit Rücksicht auf die in Budapest tätigen militärischen und wirtschaftlichen Berater und Kontrolleure der Westmächte kaum persönlich aufnehmen konnten, die aber gleichwohl existierten.

2. Umgekehrt genügt es nicht, die deutsch-ungarischen Beziehungen lediglich von den Gesichtspunkten der Budapester Diplomatie aus zu sehen. Während der Zeit der öffentlichen Vorherrschaft des Grafen Bethlen war die auf Konsolidierung bedachte Politik des Budapester Kabinetts so stark mit wirtschaftlich-finanziellen Problemen belastet, daß das durch Reparationen und Inflation erschütterte Deutsche Reich zunächst nur einen kurzen Seitenblick verdiente — einen Seitenblick, um festzustellen, ob man in Berlin bereit sei, zur gleichen Zeit die Glocken des Revisionismus zu rühren. Wesentlich lebhafter war das Interesse gewisser politisch-militärischer Kreise an Deutschland und zwar an den verschiedenen „Vaterländischen Verbänden“, die eine ähnliche Auffassung über die in Europa zu lösenden Zukunftsaufgaben zu haben schienen. Der Gedanke eines antibolschewistischen Mitteleuropa spielte in beiden Lagern eine faszinierende Rolle.

3. Klarheit muß schließlich über die innere Entwicklung des ungarländischen Deutschtums bestehen. Anhand des Nachlasses von Jakob Bleyer⁹⁾ ist heute eine wissenschaftlich einwandfreie Darstellung der ungarndeutschen Volksgeschichte zwischen 1914 und 1934 ohne Schwierigkeiten möglich. Neben einer Auswertung der in Frage kommenden Zeitschriften ist für die spätere Zeit vor allem eine sorgfältige Analyse der Äußerungen von Gustav Graß¹⁰⁾ und Franz Basch erforderlich. Da Graß lange Zeit hindurch der Regierungsbeauftragte für den Ung. Deutschen Volksbildungsverein war, spiegelt sich in seinem Verhalten die jeweilige Absicht der Regierung — gebrochen durch die Linse einer liberal interpretierten deutschen Kulturauffassung. Graß war nicht der eigentliche Gegenspieler Bleyers und Basch's: das war die Minderheitenabteilung im ungarischen Ministerpräsidium. Die Politik dieser Abteilung, die längere Zeit durch Tibor von Pataky geleitet wurde, läßt sich jedoch leider nicht ein-

wandfrei dokumentieren. Trotzdem läßt sich auch der kurze Abschnitt der Volksgeschichte, den Dr. Basch als Volksgruppenführer zu gestalten versuchte, einigermaßen verläßlich beschreiben, wenn auch die Quellenlage nicht entfernt so günstig ist wie für die Epoche Bleyers. Erst aus der inneren Geschichte des Deutschtums in Ungarn ergibt sich, ob das volksdeutsche Problem überhaupt eine Rolle zwischen Berlin und Budapest gespielt hat, und ob insbesondere die Volksgruppe in der Lage und willens war, auf die Gestaltung dieser Beziehungen einzuwirken.

4. Erst aus dem vielschichtigen Bild, das im Blick auf die drei großen Zusammenhänge, die wir soeben skizziert haben, kombiniert werden muß, ergibt sich die Lösung der Frage, welche „Rolle“ die Volksdeutschen Ungarns oder das volksdeutsche „Problem“ tatsächlich in der Politik gespielt haben. Es ist klar, daß die Einfügung des anfallenden Materials unter streng chronologischen Gesichtspunkten erfolgen muß. Dabei wird für die Zeit zwischen 1919 und dem Sommer 1940 aus Gründen, die sich aus der späteren Darstellung leicht ergeben, die innere Entwicklung Ungarns für die Zeiteinteilung und die Gruppierung des Materials maßgeblich sein. Nach dem zweiten Wiener Schiedspruch ist dann offenkundig die Berliner Perspektive für unsere Frage entscheidend.

Bei der Besprechung der verschiedenen Ereignisse, die unsere Fragestellung berühren, wollen wir E. U. Macartney¹¹⁾ folgen, wenn wir auch manche Ergänzung geben müssen. Prof. Macartney ist weder Madjare noch Deutscher, seine Sachkenntnis kann nicht bestritten werden. Folgen wir ihm wenigstens in den Hauptlinien, so dürfen wir sicher sein, daß wir nicht einer einseitig nationalen, — deutschen oder madjarischen — Blickweise erliegen.

Gemeinsam gegen die Räteriktatur

Drei Probleme sind es, die für die erste Periode der Nachkriegsentwicklung, die Zeit zwischen dem Zusammenbruch und der Beauftragung Horthy's, von besonderer Bedeutung sind: der Vertrag von Trianon, die Burgenlandfrage und die Überwindung der Räteriktatur in Budapest und München.

Am Abend des 21. März 1919 übergab Graf Michael Károlyi (wie es in einer Proklamation hieß) „die Macht dem Proletariat“. Gut zwei Wochen später rief der „Revolutionäre Zentralrat Bayerns“ in München die Räteriktatur aus.

In einem Aufruf¹²⁾ vom 6. 4. 1919 heißt es: „Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen beiden Völkern auf.“ Erich Mühsam ergänzte diese Erklärung noch am gleichen Tage: „Im Bunde mit dem revolutionären Rußland und Ungarn wird das neue Bayern die revolutionäre Internationale herstellen und der Weltrevolution die Wege ebnen.“ Béla Kun antwortete durch einen „Gruß an das bairische Volk“, in dem es u. a. heißt, die Münchner Nachricht habe „unbeschreibliche Glückseligkeit“ hervorgerufen. Natürlich blieb es nicht bei dieser Phrase aus dem Wortschatz des 18. Jahrhunderts¹³⁾.

Es kam zu sehr engen politischen und publizistischen Beziehungen zwischen Bayern und Ungarn¹⁴⁾. Bereits vor der Ausrufung der Räterepublik war in München das Gerücht verbreitet, Béla Kun halte sich in der bayerischen Hauptstadt auf. Wahrscheinlich war das Gerücht ein Echo jener offiziellen Warnung vor reisenden Räteremissären, die eine Entente-Kommission der österreichischen Staatskanzlei zugehen ließ¹⁵⁾.

Der „brüderlichen Verbundenheit“ der beiden Räteriktaturen entspricht eine Gemeinsamkeit der Gegenkräfte. Auf beiden Seiten waren es politisch stark interessierte militärische Kreise, die die Beseitigung der Räteriktatur organisierten,

wobei allerdings für Ungarn hinzugefügt werden muß, daß der Vormarsch der rumänischen Armee auf Budapest (30. 6.) den Sturz Béla Kuns entschied.

Auf Befehl des sozialdemokratischen Reichswehrministers Noske wurden Heeresverbände in einer Stärke von gut 20 000 Mann eingesetzt, um die bayerische Räterepublik zu beseitigen. Dem General von Dven, der den Oberbefehl führte, waren auch einige kleinere Freikorpsseinheiten, darunter ein bayerisches Schützenkorps unter Ritter von Epp¹⁶⁾ unterstellt. Damit war jedoch der mitteleuropäische Unruheherd nicht gelöscht, besondere Sorge machte die Entwicklung in Wien, wo eine linkssozialistische Führung bestand, die nach Ansicht Münchner Kreise leicht den Anschluß an die immer noch bestehende ungarische Räterepublik finden konnte. Über Wien kam es auch zu einem persönlichen Kontakt zwischen den aus Ungarn geflüchteten Antibolschewisten und den in Bayern wirkenden Kräften, die ihre Heimat als eine „Zelle der Ordnung“ ansahen. Die Verbindung zwischen Wien und der Gegenregierung in Szegedin hielt J. Gömbös — der Mann, den zwischen 1919 und 1923 alle deutschen Rechtsradikalen als ihren großen Freund verehrten. Die NSDAP Hitlers hielt ihm die Treue bis zum Tode.

Politisch gesehen stellen die „Ordnungspolitiker“ der Jahre 1919/21 keine Einheit dar; die gemeinsame Aufgabe und wohl auch die schützende Hand, die Reichswehr und Landesregierung über alle hielten¹⁷⁾, sorgten jedoch dafür, daß Einwohnerwehren, Organisation Escherich (Orgesch), Freikorps Chiemsseggan, Organisation Kanzler (Orka), „Oberland“, österreichische Heimatwehren¹⁸⁾, Deutsche Arbeiterpartei bzw. NSDAP, Freikorps Epp und andere Verbände wenigstens in der großen Linie — Abwehr des Bolschewismus — zunächst der gleichen Auffassung blieben. Freilich hinderte diese Gleichrichtung nicht, daß unter den Führern zahllose Eifersüchteleien entstanden, die ihre außenpolitischen Gesprächspartner häufig genug in Verlegenheit brachten. Als wichtigster ausländischer Bundesgenosse kamen die ungarischen Gegenrevolutionäre in Betracht.

Die Gegenregierung in Arad (später in Szegedin) entstand nicht nur auf französischem Besatzungsgebiet, sondern genoß auch den Schutz jener französischen Militärs, die im Sommer 1919 im ganzen östlichen Mitteleuropa, auf dem Balkan und im Schwarzmeergebiet antibolschewistische Kräfte unterstützten. Der Chef dieser Regierung, Graf Julius Károlyi, war von den eigentlich treibenden Kräften¹⁹⁾ im letzten Augenblick aus repräsentativen Gründen an die Spitze gestellt worden. Maßgebend waren Baron Julius Bornemissza, Abel Bartha, István Ugnér und Tibor Eckhardt. Die Umsiedlung nach Szegedin führte dadurch zu einer Neubildung, daß Graf Paul Teleki, Béla Kelemen und L. Varjassy wichtige Ressorts erhielten. Tibor Eckhart und Julius Gömbös übernahmen als „Generalsekretäre“ die beiden Schlüsselstellungen in der Kanzlei des Präsidenten und im Kriegsministerium. Wenn auch die Gegenregierung von Arad-Szegedin grundsätzlich Vertreter aller politischen Richtungen (innerhalb des Bürgertums und der Aristokratie) umfaßte, so setzte sich doch sehr rasch der Antisemitismus, der so charakteristisch für die ungarische Politik unter Horthy ist, durch. Auf Betreiben des Paters István Zadravec entließ Graf Károlyi seinen Justizminister, den Juden L. Pálmai²⁰⁾. Nach dem Zeugnis des allerdings entschieden franzosenfreundlichen Handelsministers Varjassy bildete sich auf Initiative von Gömbös eine Gruppe, die — in seiner Sicht — reaktionär eingestellt war und eine engere Bindung an Frankreich ablehnte. Im Kabinett wurde sie vor allem durch den Ministerpräsidenten und den Admiral Horthy, der der Regierung inzwischen beigetreten war, gestützt. Der Kreis um Gömbös konzentrierte bei sich alle Verbindungen zu dem Wiener Antibolschewisten-Komitee unter Leitung des Grafen Bethlen. Er konnte seine zentrale Stellung auch nach einem Regierungswechsel behaupten, der die Frankophilen unter der Präsidentschaft von Dezső Ábrám an die Spitze brachte. Horthy, der das Kriegsministerium abgeben mußte, erhielt den Armeeführer-

Wir mußten auf die Bildung der gegenrevolutionären Regierung in Ungarn etwas ausführlicher eingehen, weil sie die überragende Stellung deutlich macht, die sich Gömbös damals im Hintergrund allen Geschehens ausbaute. Auch seine Gegner rühmen seine ungewöhnliche organisatorische Begabung und betonen, daß er die Fähigkeit besaß, das Offizierskorps an seine Person zu binden. In Szegedin war er der Verbindungsmann des Grafen Bethlen und stützte gleichzeitig Horthy, dessen Stellung zunächst schwach war. Während die rumänische Armee auf Budapest marschierte, sammelte er die vorhandenen ungarischen Kräfte, vor allem Offiziere, in Transdanubien. Sie konnte er dann in Budapest einsetzen, als es darum ging, Horthy gegen den Willen der Nationalversammlung — statt des Grafen Albert Apponyi — zum Gouverneur des Landes zu machen. Nachdem die Überlegenheit bewiesen war, die eine zum Handeln entschlossene Soldatengruppe gegenüber einer zaudernden und waffenlosen Parlamentsmehrheit besitzt²¹), konnte die Herrschaft Horthys, die die Geschichte Ungarns für nicht ganz 25 Jahre bestimmen sollte, durchgesetzt werden. Ihre beiden wichtigsten Stützen blieben zunächst für mehr als ein Jahrzehnt Graf Bethlen und Julius Gömbös, wenn auch der Reichsverweser mit Rücksicht auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zeitweilig andere Persönlichkeiten mit der Leitung des Kabinetts betraute.

Wie stand das „System Horthy“, das zunächst den „roten“ durch den „weißen Terror“²²) ablöste, zu den Volksdeutschen? Die Nominierung von Joseph Hemmen, der nie in der kulturdeutschen Arbeit eine Rolle gespielt hatte, zum Nationalitätenminister zeigt, daß das ganze Problem in erster Linie unter „demonstrativen“, d. h. „optischen“ Gesichtspunkten gesehen wurde. Daß der Kreis um Gömbös eine selbständige Aktivität des ungarländischen Deutschtums ablehnte, zeigen verschiedene Vorfälle.

Im Februar 1920 griff z. B. das Gömbös nahesteheende Blatt „Szózat“ Jakob Bleyer an, der damals das Nationalitätenministerium leitete. Ein sehr langwieriger Prozeß²³) gegen den verantwortlichen Schriftleiter machte deutlich, daß die vom Kabinett Friedrich übernommene Einrichtung dieses Sonderministeriums dem Kreis um Horthy mißfiel. Am 16. 12. 1920 zog sich Bleyer von diesem Amt zurück, zwei Jahre später wurde es stillschweigend aufgelöst. Inzwischen hatte sich die Meinung durchgesetzt, daß die von Jász und Bleyer — in sehr verschiedener Form — durchgesetzte neue Nationalitätenpolitik unzweckmäßig sei. Macartney charakterisiert S. 447 die wieder herrschend gewordene Betrachtungsweise mit zwei Sätzen: „If the nationalities had only been magyarized they would never have been lost. The fault had this lain, not in too much Magyarization, but in too little.“

Wesentlich für unser Thema ist nun, daß Jakob Bleyer und seine Mitarbeiter die mit der Stabilisierung des Horthy-Regimes zunehmende Klimaverschlechterung in der volksdeutschen Frage zunächst hinnahmen. Im Kampf mit der Richtung Brandtsch hatte der von Bleyer geführte „Volksrat der Deutschen von diesseits des Königsteiges“ im Winter 1918/19 mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß es für einen im Lande geborenen Deutschen keine Diskussion über den historischen ungarischen Staatsgedanken geben könne. Dem Ungarischen Nationalrat wurde als Konsequenz dieses Bekenntnisses am 1. 11. 18 ausdrücklich mitgeteilt, daß der Volksrat keine nationale Autonomie erstrebe. Fortan beschränkte sich Bleyer als Minister und als Abgeordneter darauf, für eine Verbesserung der Volksschulverhältnisse zu kämpfen. Obwohl er während seiner Ministerzeit maßgeblich an einem Entwurf für die Selbstverwaltung der Slowakei²⁴) gearbeitet hatte, begnügte er sich bei der Erörterung der Angelegenheiten seines eigenen Volkes mit rein kulturellen Forderungen, die keineswegs über eine kleine Revision der Schulverordnung von 1923 hinausgingen. Der Ausbau des unter Bethlen zugelassenen „Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins“ (3. 8. 24) führte zu einer unermüdlichen Tätigkeit Bleyers und seiner Mitarbeiter in den Land-

gemeinden, die als die entscheidende, ja fast als die ausschließliche Aufgabe jeder Kulturarbeit angesehen wurde. Bleyer verzichtete weiterhin darauf, die Errichtung deutscher höherer Schulen (Gymnasien) zu fordern.

Burgenland und Trianon

Die Klimaverschlechterung in der madjarischen Gesellschaft erfolgte, obwohl sich die maßgeblichen volksdeutschen Sprecher in der Burgenlandfrage gegen einen Anschluß an Deutsch-Österreich ausgesprochen hatten. Für Bleyer und den von ihm geführten Volksrat folgte diese Stellungnahme sowohl aus der Treue zum ungarischen Staatsgedanken als auch aus politischen Erwägungen: es galt nach Meinung dieser Kreise, Ungarn und Österreich zu Stützpunkten einer christlichen Front gegen den Bolschewismus zu machen. In einer Unterredung mit dem Vertreter der Wiener „Reichspost“ (16. 12. 19) betonte Bleyer, daß die Angliederung der deutsch besiedelten Teile Westungarns²⁵) an Österreich einen Zankapfel zwischen diese beiden Länder, die zur Zusammenarbeit bestimmt seien, werfen würde. Seine Argumente fanden auch im Lager des von Brandtsch begründeten Volksrates Anklang, allerdings nur bei einer Minderheit, die hinter dem Burgenland-Projekt eine Benesch-Intrige sah und überdies der Meinung war, daß die Entente mit Rücksicht auf den von der Bevölkerung allgemein verlangten Anschluß Österreichs an das Reich nicht bereit sein werde, die Eingliederung größerer Teile Westungarns in den Wiener Herrschaftsbereich zu dulden²⁶).

Die Einzelheiten des Ringens um Westungarn stehen hier nicht zur Debatte. Für unsere Fragestellung ist wichtig, daß das Eintreten der überwiegenden Mehrheit der reichsdeutschen Publizistik für einen Anschluß des Burgenlandes an Österreich in Ungarn stark verstimmt. Bleyer mußte dafür immer wieder büßen, obwohl er gerade wegen seiner auf Budapest ausgerichteten Burgenland-Politik in österreichischen und reichsdeutschen Zeitschriften scharf angegriffen wurde²⁷).

Es ist sehr bezeichnend, daß ausgesprochene Vertreter des Standpunktes der NSDAP in der Burgenlandfrage nicht die herrschende Meinung teilten. So hat z. B. der Schriftsteller Edgar v. Schmidt-Pauli, der Biographien über Bethlen und Horthy veröffentlicht hat, in einem 1931 erschienenen Buche behauptet, die Stimmung im Burgenland sei gegen Österreich gewesen. Man kann v. Schmidt-Pauli zu den Ungarn-Experten der NSDAP²⁸) rechnen, er hielt die Verbindungen zum Horthykreis und zu den Magnaten, vor allem zum katholischen Adel.

Bewirkte die Angliederung des Burgenlandes an Österreich eine Trübung des Verhältnisses, so hatte natürlich der Kampf, den Budapest gegen Trianon, Berlin gegen Versailles zu führen hatte, eine gewisse Parallelität in der außenpolitischen Publizistik zur Folge. Deutsche und ungarische Zeitungen lieferten sich in dieser Frage gegenseitig die Argumente. Man darf freilich die politische Bedeutung dieser Publizistik nicht überschätzen. Die außenpolitischen Konzeptionen von Männern wie G. Crefemann und St. Bethlen berührten sich kaum²⁹). Für Budapest, das zeitweilig überhaupt keine Außenpolitik — im strengen Sinne des Wortes — trieb, standen wirtschaftlich-finanzielle Erwägungen völlig im Mittelpunkt. Auch nach Placierung der Völkerbundanleihe von 1924 war es kaum möglich, eine größere Aktivität zu entfalten. Die starke Zurückhaltung, die sich Bethlen auferlegte, wird freilich erst dann in ihrer Bedeutung voll erkannt, wenn man sieht, wie rege die außenpolitische Tätigkeit war, die außerhalb der Verantwortung des Außenministeriums betrieben wurde. Hier ist vor allem Gömbös — Bethlens Vertrauensmann 1919 in Szegedin — zu erwähnen, obwohl es wegen des unterirdischen Charakters dieser Beziehungen — zu deutschen Rechtsradikalen, zu Pilsudski, zu den Kroaten — fast unmöglich ist, sie zu dokumentieren³⁰).

Es ist unverkennbar, daß der trotz aller Erklärungen des Wohlwollens (vor allem unter Bethlen) ungünstiger werdende Kurs der ungarischen Minderheitenpolitik bei Bleyer allmählich die Frage wachruft, ob der von ihm eingeschlagene Weg überhaupt richtig ist? Es ließ sich doch kaum übersehen, daß ein so einflußreicher Mann wie Gömbös dafür sorgte, daß das Gesetz über den sog. Heldentitel (vitéz) eine Verleihung und die damit verbundene Schenkung eines Grundstücks nur an Träger madjarischer Namen zuließ³¹). 1930 sprach der gleiche Gömbös als Verteidigungsminister in einem Rundschreiben den Wunsch aus, jeder Offizier mit einem nichtmadjarischen Namen möge bis zu einem bestimmten Termin die Änderung seines Namens beantragen³²).

Bleyer hat zunächst geglaubt, daß eine Intervention kirchlicher Kreise die Lage bessern könne. In den Jahren 1930 und 1931 bittet er das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche Ungarns, den Prälaten Kaas und den Osnabrücker Bischof Berning, in geeigneter Weise (gegebenenfalls über Rom) auf den ungarischen Episkopat einzuwirken³³). Wahrscheinlich versprach er sich davon eine günstige Auswirkung auf die politischen und administrativen Stellen des Landes.

Den Ausschlag beim Nachdenken Bleyers über den bisherigen Kurs gaben schließlich die Ergebnisse der amtlichen Volkszählung von 1930. Als sie im Jahre 1932 in den Einzelheiten bekannt wurden, mußte Bleyer erkennen, daß das ungarländische Deutschtum von 1920 bis 1930 einen Rückgang von 73 000 Seelen (auf 478 630 Personen) erlebt hatte. Es ist verständlich, daß ihn dieser statistische Kommentar zu seiner aufopferungsvollen Arbeit erschütterte. Es war unverkennbar, daß die Madjarisierung weitergegangen war — tatsächlich oder zumindest statistisch.

Die Erschütterung Bleyers über die vielen Enttäuschungen, die er im letzten Jahrzehnt erlebt hatte, spiegelt jener Brief an Gustav Graß vom 6. 8. 1932 wider, der deutlich zeigt, daß die Hoffnung, Ungarn werde durch eine verständige Nationalitätenpolitik die berechtigten Wünsche einer Volksgruppe von rund 500 000 Seelen, die keine einzige höhere Lehranstalt besitzt, erfüllen, inzwischen geschwunden ist. Bleyer verspricht sich daher von einer Aussprache, zu der ihn Ministerpräsident Graf Károlyi eingeladen hat, nichts — „gar nichts; von Bedeutung könnte nur eine Diskussion zwischen Budapest und Berlin sein.“

In diesem Briefe, der dokumentarische Bedeutung hat, heißt es u. a.:

„Was das Wesen der Sache betrifft, so stand ich von Anfang an auf dem Standpunkt, daß Ungarn von sich heraus die deutsche Frage lösen soll und lösen wird. Ich baute zu sehr auf das Recht und die Gerechtigkeit, auf die Einsicht und auf die nüchterne Erfassung der eigenen Interessen. In diesem Sinne und diesem Glauben habe ich viele Jahre lang gekämpft und gearbeitet. Diesen Glauben habe ich vollständig verloren. Ungarn wird nie die deutsche Frage lösen, nämlich nicht aus sich selbst heraus. Die Magyarisierung war nie so rücksichtslos, so zielbewußt und so durchgreifend wie heute. Das ist eine Tatsache, über die gar nicht diskutiert werden kann.“

Der von mir seit 15 Jahren befolgte Weg hat sich als eine Sackgasse erwiesen und es fragt sich: „Quid nunc?“ Daran ist natürlich nicht zu denken, daß der Völkerbund oder ein anderes internationales Forum Ungarn zwingen könnte, oder auch nur wollte, den Trianoner Vertrag bezüglich der Minderheiten zu erfüllen. Was ist in folgedessen die ultima ratio? Wenn das Deutsche Reich und das Deutschtum der Welt tatsächlich die einzelnen deutschen Volksgruppen retten will, so muß es eben Ungarn gegenüber alle Mittel anwenden, die ihm zur Verfügung stehen. Es wird sich dann zeigen, ob Ungarns Widerstandskraft größer ist, als die Stoßkraft des Gesamtdeutschtums. Wenn ja, so ist das Deutschtum in Ungarn verloren. (Auch Ungarn wendet alle Mittel gegen die

Nachfolgestaaten an und wird dies auch weiterhin tun, solange es über entsprechende Kräfte verfügt.)

Du meinst, die Minderheitenfragen sollten wie die Religionsfragen gelöst werden und man soll nicht nach einer unerreichten Überstaatlichkeit, sondern nach einer Außerstaatlichkeit streben. Das ist zweifellos sehr richtig und das akzeptieren ohne weiteres auch alle Minderheitenorganisationen, wie Nationalitätenkongress, Verband der deutschen Volksgruppen usw. Aber wie ist das in bezug auf die Konfession erzielt worden? Durch einen hundertjährigen blutigen Kampf: die protestantischen Staaten haben die katholischen, wo sich protestantische Minderheiten befanden, durch unzählige Kriege und politische Koalitionen zur Toleranz gezwungen. Sollen auch die Minderheitenfragen so gelöst werden? Gott behüte! Aber durch alle friedlichen Mittel, die die Mehrheitsvölker zur Rettung ihrer konnationalen Minderheiten aufbringen können. Das ist für jeden Ungarn eine Selbstverständlichkeit und soll es auch für jeden Deutschen werden.

Daß die Minderheitenpolitiker nicht nur mit den Staatsvölkern unzufrieden sind, sondern auch oft mit den eigenen Volksgruppen, ist natürlich. Die Führer der ungarischen Minderheiten sind auch vielfach mit ihren Volksgenossen unzufrieden und bedienen sich daher unablässig der Agitation und Propaganda. Diese Freiheit müssen die Vorkämpfer des Deutschtums in Ungarn auch haben und sie dürfen in ihrer apostolischen Arbeit nicht gehindert werden. Jede neue geistige Regung hat dieses Recht für sich in Anspruch genommen und daß da Fäden über die Staatsgrenzen mit den Interessierten und Gleichgesinnten gesponnen werden, ist ebenfalls natürlich. Das geschieht auch heute innerhalb der Kirchen und die souveränen Staaten haben sich daran gewöhnt.

Überhaupt wären die Minderheiten sehr, sehr zufrieden, wenn sie die Rechte und die Organisation der Kirchen haben könnten! Die deutsche Volksgemeinschaft ist übrigens gar nichts Neues: in dieser haben die Deutschbalten Jahrhunderte lang gelebt und nie hat sich Rußland über den Patriotismus und die Staatstreue der Deutschen im Baltikum zu beklagen gehabt. Nicht einmal im Weltkrieg. Dasselbe war doch seit der Reformation auch bei den Siebenbürger Sachsen der Fall. Allerdings bestand zwischen dem ungarischen Staatsvolk und den Sachsen eine gewisse Fremdheit, wie sie bei den Schwaben nicht besteht, und nach meiner Auffassung auch in Zukunft nicht bestehen soll. Aber diese Fremdheit ist nicht dadurch entstanden, daß die Sachsen in einer bewußten deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft lebten und leben, sondern weil ihr Staatsbewußtsein sich im Fürstentum Siebenbürgen entwickelt und feste Formen gewonnen hat.

Ich glaube klar zu sehen, daß es für das ungarländische Deutschtum nur zwei Wege gibt: entweder sich den ungarischen Assimilationsbestrebungen zu fügen oder aber an das große Deutschtum zu appellieren. Daß der letztere Weg unsicher ist und daß er Schaden für beide Teile bringen wird, ist nicht zweifelhaft. Was mich anbelangt, bin ich bereit, für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen und zu leiden. (Recht und Gerechtigkeit ist auf Seite des ungarländischen Deutschtums, beim Ungarntum Macht und überlegene, skrupellose Taktik.) Ich weiß aber nicht, ob ich einem solchen Kampfe nach meinen physischen Kräften und geistigen Fähigkeiten gewachsen bin. Darum befinde ich mich seit Jahr und Tag in einer furchtbar gedrückten, schmerzlichen Stimmung.“³⁴)

Bis zum August 1932 hat also der anerkannte Sprecher des ungarländischen Deutschtums es vermieden, auswärtige deutsche Stellen (in Österreich und im Reich) öffentlich in Anspruch zu nehmen. Immerhin wurde in der Lageübersicht für 1932, die der Deutsche Schulverein „Südmark“ unter dem Titel „Das Deutschtum des Südostens“ nicht ohne Kontakt mit den Volksgruppen herausbrachte, unmißverständlich erklärt, daß die Regierungen Károlyi und Gömbös den „Höhepunkt der Enttäuschung“ herbeigeführt hätten. Diese Lageberichte spiegeln sehr gut die Entwicklung: 1928 — gereizte Stimmung — sichtbar geworden etwa auf einer Parteikonferenz der deutschen Sozialdemokraten Ungarns

am 8. 1. 28 — und Beginn neuer Hoffnung im Sommer, 1929 leichte Fortschritte auf dem Schulgebiet, 1930 schließlich enttäuschte Hoffnungen, 1931 Fortdauer der Enttäuschung und 1932 tiefer Pessimismus. 1930 nahmen Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel und der Mähener Weihbischof Dr. Sträter an der Hauptversammlung des UDV teil, aber erst nach einer langen Zeit bitterer Enttäuschungen entschließt sich Prof. Bleyer, einen Gedanken zu erwägen, der schon seit langem Gemeingut aller mährischen Minderheitenpolitiker in der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien war: an das Mutterland mit der Bitte um Vermittlung zu appellieren. Aus seiner grundsätzlichen Überzeugung heraus, daß das Verhältnis der beiden Völker zueinander durch die Geschichte auf Harmonie hin angelegt sei, ist es für ihn selbstverständlich, daß das Ziel einer solchen Vermittlung nur ein zweiseitiger Vertrag sein kann.

Bevor wir jedoch die neue Phase des volksdeutschen Problems weiterverfolgen, müssen wir die Fäden aufnehmen, die die deutschen Rechtsradikalen mit den Kreisen um Gömbös, Tibor Eckhardt, Ullain und letzten Endes: Horthy verbinden.

Horthy und die deutschen Rechtsradikalen

Man pflegt die Vorgeschichte der Hitlerpartei mit jener „Deutschen Arbeiterpartei“ zu beginnen, die 1903 in den Sudetenländern gegründet wurde und später den Namen „nationalsozialistisch“ annahm. Man verweist ferner gerne auf die verschiedenen völkisch-sozialistischen Gruppen, die sich im deutschen Sprachgebiet bildeten und (ab Dezember 1919) unter Leitung des Rechtsanwalts Dr. W. Kiehl eine „zwischenstaatliche Kanzlei“ in Wien besaßen. Wenn es auch richtig ist, daß Hitler 1920 wiederholt in Versammlungen der österreichischen Nationalsozialisten gesprochen hat, so bestanden doch zwischen ihm und den sudetendeutschen bzw. österreichischen Nationalsozialisten wesensmäßige Unterschiede. Kiehl war stark durch den rechtsstehenden Sozialdemokraten Pernerstorf beeinflusst. In beiden politischen Gruppen wurde zwar der Volksgedanke stark antisemitisch zugespitzt, aber doch auch ehrlich als eine verpflichtende Aufgabe — etwa in der Volksschutzarbeit unter den bedrohten Grenzdeutschen oder als praktische Gemeindearbeit — empfunden. Vor allem die sudetendeutschen Nationalsozialisten hatten durch ihre Mitarbeit in den Gemeinden den Sinn des Selbstverwaltungsgedankens erfaßt und vertraten im Grundsatz eine „völkische Demokratie“, die dem hierarchischen Denken Hitlers völlig widersprach.

Es ist sicher richtig, daß man Hitlers Entwicklung nur aus seinen österreichischen Jugenderfahrungen verstehen kann. Das geistige Klima, das ihn beeinflusste, wurde jedoch nicht durch die Volksschutzbewegung³⁵), sondern durch den militanten Antisemitismus Wiens, die alldeutschen Schönerianer und die Opernwelt Richard Wagners bestimmt. In der durch laute Nationalitätenkämpfe durchzogenen Gewitterschwüle des untergehenden Österreich bildete sich bei ihm jener Haß gegen das alte Habsburg und jene „antislawische“ Komponente seines Denkens, die dann später Brücken für eine Verständigung mit den Madjaren bilden sollten.

Bei der gerichtlichen Untersuchung der Geiselmorde wurde darauf hingewiesen, daß der größte Teil dieser Opfer der Rätediktatur der Thulegesellschaft, einem nach dem Stil der Logen aufgebauten „Germanenorden“, angehört hatte. Mitglied der Thulegesellschaft war der Schriftsteller Karl Harrer, der 1. Vorsitzende der am 1. 5. 19 begründeten „Deutschen Arbeiterpartei“. Rudolf Heß, Anton Drexler und Rudolf Buttmann, die in der Geschichte der NSDAP eine bedeutsame Rolle spielen sollten, kamen gleichfalls aus diesem Kreis, der unter der Leitung des Freiherrn Rudolf von Sebottendorf stand und seine Hand bei der Aufstellung des Freikorps „Oberland“ und später der SA im Spiele hatte. Durch ihre internen Verbindungen zur Thule-

gesellschaft war bereits die junge NSDAP in ein Netz verschiedener politischer und militärischer Zusammenhänge eingespannt: aus diesem Erbe stammt — lange vor einer ernsthaften Beschäftigung mit der „völkischen Idee“! — die antibolschewistische und antisemitische Grundhaltung.

Im Kreise der antibolschewistischen „Ordnungspolitiker“ und Wehrverbände wurden dem jungen Hitler, der am 29. 7. 1921 durch einen Putsch die diktatorische Führung in der NSDAP an sich riß, wieder die Blicke nach Ungarn geöffnet. Er hielt damals einigermaßen Frieden mit den verschiedenen Verbänden und genoß daher auch den heimlichen Schutz der bayerischen Regierung, vor allem seit dem Kapp-Putsch, der ja in München — im Gegensatz zu Berlin! — zum Erfolge führte: auf Betreiben der Dr. geseh und gestützt auf die Wehrmacht und den Kardinal F a u l h a b e r konnte Forstrat Escherich eine Umbildung des Kabinetts durchsetzen, die den Regierungspräsidenten von Kahr an die Spitze brachte. Das Mit-, Durch- und Gegeneinander der Kräfte um von K a h r, H e i m, E s c h e r i c h, P ö h n e r, H i t l e r, L u d e n d o r f f, das den Hauptinhalt der bayerischen Innenpolitik vom März 1920 bis zum November 1923 ausmacht, kann hier nicht zur Debatte stehen³⁶). Für unseren Zweck ist lediglich wichtig, daß die meisten dieser Kreise enge Beziehungen zu den „Erwachenden Ungarn“ (Ébredő Magyarok Egyesülete) unterhielten.

EME wurde im November 1918 gegründet und nach dem Zusammenbruch der Proletarietdiktatur neu aufgebaut. Bis 1924 spielte EME als „gesellschaftliche Vereinigung“ eine hervorragende Rolle hinter den Kulissen. Der Versuch, eine besondere Partei („Rassenschützer“, Fajvédőpárt) zu organisieren, führte nicht zu dem gewünschten Erfolg: Gömbös ging 1928 in die Bethlen'sche Einheitspartei (Egységes Párt) zurück, während Tibor Eckhardt, der Direktor der Revisionsliga geworden war, den Weg zur Kleinlandwirtpartei beschritt. Bis zu dieser Trennung auf dem Gebiete der Parteipolitik waren Gömbös und Eckhardt zusammen mit Bethlen die eigentlichen Träger der ungarischen Innenpolitik, wenn auch die EME nach 1924 an Bedeutung verlor. Damit waren zugleich enge Kontakte zum Reichsverweser gegeben, bildete doch diese rassenschützerische Organisation, die von Gömbös, Eckhardt und Ullain geleitet wurde, eine der wichtigsten Säulen des Horthy-Regimes. Diese Beziehungen erklären auch, warum Hitlers Organ, der „Völkische Beobachter“, mehr als 15 Jahre hindurch das einzige deutsche Blatt war, das über das von Horthy geführte Ungarn ohne jede Kritik berichtete und prinzipiell darauf verzichtete, die Nöte und Sorgen des ungarländischen Deutschtums publizistisch zu behandeln.

Es liegt an der Natur der Sache, daß sich diese unterirdischen Verbindungen nicht so exakt dokumentieren lassen wie offizielle diplomatische Verhandlungen. Für unsere Fragestellung ist es ziemlich belanglos, ob man dem Bericht des Abenteurers J. L. Trebitsch-Lincoln³⁷) oder den Aussagen des Agenten Fritz Richard Döhmel bei der polizeilichen Vernehmung³⁸), die die Polizeidirektion München im Auftrage der Staatsanwaltschaft zur Vorbereitung des Hochverratsprozesses XIX 466/23 (Hitler und Genossen) durchführte, wenig oder viel Glauben schenkt. Diese und andere Aussagen sind lediglich Anhaltspunkte für eine Erklärung der auffälligen Tatsache, daß sich die NSDAP fortlaufend und beständig über das in Budapest bestehende politische System günstig äußert und dafür Sorge trägt, daß das herzliche Verhältnis zu den „erwachenden Ungarn“ (Gömbös) und zu den von Horthy eingesetzten Regierungschefs nicht durch Berichte über das ungarländische Deutschtum getrübt wird³⁹). Im Gegensatz zur amtlichen Politik der Wilhelmstraße, die das Thema der Revisionspropaganda sehr vorsichtig behandelt und insbesondere bemüht ist, Rumänien und Jugoslawien nicht mit den Augen der ungarischen Revisionsliga zu sehen, folgt die nationalsozialistische Presse in ihrer Süd-

oftberichterstattung weitgehend den Budapester Zeitungen. Daher ist Jugoslawien ein „Saisonstaat“⁴⁰⁾, der „kranke Mann“ unserer Zeit⁴¹⁾ oder der Unruheherd im Südosten⁴²⁾. Es darf vermutet werden, daß die Beziehungen der NSDAP nach Kroatien ursprünglich über Ungarn und Italien angeknüpft wurden. Rumänien gilt als das klassische Land der Korruption⁴³⁾ und Griechenland als „aufgeblasen“⁴⁴⁾. Es entspricht den Vorstellungen der „erwachenden Ungarn“ und einer vor allem in deutschen Offizierskreisen lebendigen Tradition, daß Bulgarien und die Türkei⁴⁵⁾ durchwegs sehr positiv beurteilt werden.

Man könnte gegen die Bewertung des hier vorgetragenen publizistischen Materials einwenden, daß eine positive Beurteilung Ungarns zum außenpolitischen Konzept der deutschen Rechtsparteien zwischen 1919 und 1935 gehörte. Dieser Einwand ist jedoch nicht berechtigt: die DNVP z. B. betrachtete Ungarn und den Südosten von einem Konzept aus, das ausschließlich von den deutschen Interessen (wie sie diese Partei sah) ausging. Bei der großen Bedeutung, die den wirtschaftlichen Tatsachen in der deutsch-nationalen Politik zukam, wurde daher auch z. B. Südslawien als ein besonders wichtiger Staat betrachtet und seine innere Problematik zurückhaltend beurteilt.

Die NSDAP sieht jedoch den Donauraum mit den Augen der „erwachenden Ungarn“. Sie übernimmt die sensationelle Berichterstattung der Budapester Presse über Korruptions- und Zersetzungserscheinungen in den Nachbarländern, obwohl die realen Interessen der beiden Länder Rumänien und Jugoslawien gegenüber grundverschieden waren: Ungarn lag im Interesse seiner Revisionspolitik an einer Schwächung dieser beiden Staaten, während das Deutsche Reich jedenfalls etwa ab 1928 an einer Verbesserung des Warenaustausches arbeitete. Ein regelmäßiger Handelsverkehr setzte jedoch eine stabile Ordnung voraus. Möchte man im Kreise um Gömbös und in der Verborgenheit der Budapester Burg vielleicht eine innere Zersetzung dieser beiden Nachbarländer als wünschenswert ansehen — das deutsche Interesse konnte nicht in einem solchen Spiel à la baisse liegen. An diesem Spiel beteiligte sich jedoch die NSDAP, die auch deswegen keine inneren Hemmungen gegenüber den anscheinend so antisemitischen „erwachenden Ungarn“ hatte, weil ihr die Frage des ungarländischen Deutschtums gleichgültig war. Dazu trug auch der Haß bei, den die Hitlerjugend gegen den in den höheren Schulen sehr populären WDA schürte.

Die Auseinandersetzung zwischen der NSDAP und dem in seinen Grundüberzeugungen ganz anders eingestellten „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ ist breiteren Kreisen durch den dramatischen Kampf um Dr. Steinacher⁴⁶⁾ bekannt geworden. Dieser Kampf stellt jedoch lediglich die letzte Zuspitzung eines seit vielen Jahren wirklichen Gegensatzes dar, der bereits 1929 in einer Boykott-Aufforderung sichtbar wird⁴⁷⁾.

Daß die Führung der NSDAP die politischen Fragen des Südostens weitgehend mit ungarischen Augen sah, erklärt sich aus den engen Bindungen und Verbindungen, die zwischen 1919 und 1924 entstanden sind und u. a. auch dazu geführt haben, daß das Land Horthy zum Asyl für verfolgte deutsche Rechtsradikale wurde.

Man muß von den bayerischen und deutschen Rechtsgruppen ausgehen, nicht von der NSDAP, die zunächst politisch keinen Eigenwert darstellt, aber durch ihre Suchfühlung mit den vielen „vaterländischen Verbänden“ einen bequemen Zugang für einen ergiebigen Rekrutierungsraum findet. Alle wichtigeren Führer dieser weltanschaulich und politisch recht unterschiedlichen Gruppen unterhielten persönliche Beziehungen nach Ungarn: Forstrat Escherich⁴⁸⁾, sein Stellvertreter Kanzler⁴⁹⁾, Oberst Bauer⁵⁰⁾ und selbstverständlich auch Hitler. Daß der ausgesprochene Antisemitismus der NSDAP zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit führen mußte, ist klar, war doch hier für die Vereinigung „Erwachende Ungarn“ eine Gruppe gegeben, die nicht nur in der antibolschewistischen Frontstellung mit ihnen übereinstimmte.

Der Agent Döhmel behauptete vor der Münchener Polizei, Oberstleutnant P. von Prónay habe ihm über die mit dem Obersten Bauer vereinbarte Zusammenarbeit zwischen den beiden Bewegungen berichtet. Es seien dann in seiner Gegenwart Ausarbeitungen gemacht worden, die den Kontakt vertiefen sollten. Ob die Angaben Döhmels im einzelnen glaubwürdig sind, ist für unsere Fragestellung nicht so sehr wichtig. Uns kommt es lediglich auf den Zusammenhang an. Auf ungarischer Seite werden zunächst Titus von Bobula, Dr. Albert von Szemere, Dr. Géza von Verebely, Béla Vikár, Géza von Udorján und Joseph Gaál genannt⁵¹). Für den Kontakt mit München gelten als besonders wichtig Ferencz Lóth und vor allem der Abg. Dr. Fr. Ullain. Ullain habe 1923 Unterredungen mit von Kahr, Ludendorff und Hitler gehabt. Entscheidend sei Gömbös. Von Tibor Eckhardt will Döhmel ein Schreiben an Lüddecke⁵²), einem außenpolitischen Emisär der NSDAP, in der Hand gehabt haben, in dem E. mitteilt, daß er am 7. 11. 23 über München nach Rom reisen werde. Es sei notwendig, die das gleiche Ziel verfolgenden Organisationen Deutschlands, Italiens, Ungarns und anderer Länder in ihren Aktionen zu koordinieren⁵³). Döhmel behauptet, daß Tibor Eckhardt bereits am 4. 11. 23 über die für München vorgesehenen Putschpläne genau unterrichtet war.

Gömbös siegt — Freude in München

Angesichts dieser alten Beziehungen zwischen der NSDAP und den „Erwachenden Ungarn“ ist es verständlich, daß Gömbös' Ernennung zum Ministerpräsidenten im Münchener Hauptquartier Hitlers Jubel auslöste. Mit einem Blick auf das Kabinett Papen bringt der „Völkische Beobachter“ die Nachricht über die Kabinettsbildung in großer Aufmachung: „Gömbös wird Ministerpräsident — ein ungarisches Kabinett ohne Grafen“. Ausschnitte aus seiner Regierungserklärung erscheinen unter der Überschrift „Das nationalsozialistische Regierungsprogramm des Ungarn Gömbös“⁵⁴). Vier Monate später ist Hitler Reichskanzler. Der erste ausländische Regierungschef, der ihn besucht, ist Julius Gömbös.

Ein zweites Südtirol?

Über die Einstellung des neuen ungarischen Ministerpräsidenten zu den Grundfragen des ungarländischen Deutschtums wurde bereits so viel Material beigebracht, daß sich Ergänzungen erübrigen. Jakob Bleyer, den die Enttäuschung über die Minderheitenpolitik des Grafen Bethlen 1931 zu Erwägungen über die Bildung einer eigenen deutschen Partei getrieben hatte, sah in dem nur kurzfristig amtierenden Kabinett des Grafen Julius Károlyi keinen Anlaß für eine Besserung der Verhältnisse, von Gömbös mußte er eine Verschlechterung befürchten. Versuche, den neuen Regierungschef zu einer Aussprache zu gewinnen, scheiterten. Im „Sonntagsblatt“ häuften sich die Nachrichten über einen verstärkten Druck auf dem Gebiete der Namensmadjarisierung und über eine Behinderung der deutschen Volksbildungsarbeit⁵⁵). Am 17. März 1933 schrieb Bleyer dem siebenbürgisch-sächsischen Parlamentarier Hans Otto Roth überaus pessimistisch: „Wir sind in der Gefahr, ein zweites Südtirol zu werden und mich erreicht eher oder später das Schicksal des Führers, der stets nur Mißerfolge hat.“

Dieser Vergleich mit Südtirol ist doppeldeutig zu verstehen. Jakob Bleyer wußte damals schon, daß die Ungarnberichterstattung des „Völkischen Beobachters“ in der Hand eines Madjaren Hollós-Holländer lag. Er vermutete, daß alte Bindungen der NSDAP — auch finanzieller Art? — an Gömbös vorlagen. Auf jeden Fall war es auffällig, daß Gömbös sich nicht damit begnügte, den politischen Kontakt zwischen

Budapest und Berlin bloß diplomatisch zu pflegen. Als Ende März 1933 oppositionelle Politiker im Budapester Parlament am Nationalsozialismus Kritik übten, wies Gömbös diese Angriffe scharf zurück (31. 3.). Er griff dabei nicht auf die damals übliche Unterscheidung zwischen „Regierung“ und „Partei“ zurück. Auch Außenminister von Kánya erklärte am 23. Mai ausdrücklich, daß die „Politik der NSDAP“ keine neuen Schwierigkeiten heraufbeschwören wolle. Diese Formulierung war nicht zufällig: es ging der Budapester Regierung darum, die deutsche NSDAP, mit der Horthy und der Regierungschef Gömbös seit langem gute Beziehungen unterhielten, vor dem mißtrauischen und feindlichen Ausland als passable Regierungspartei zu legitimieren.

In diesem Sinne ist auch die Tatsache zu sehen, daß Reichsverweser von Horthy den Abteilungsleiter Daig vom Außenpolitischen Amt der NSDAP Anfang Juni durch eine festliche Veranstaltung ehrte. Und als Gömbös, der vielleicht neben Kauschnig der wichtigste Vermittler zwischen Berlin und Warschau war, am 17. 6. Berlin besuchte, unterließ er es nicht, neben den Vertretern des Staates auch die der Partei ins Gespräch zu ziehen. Das Außenpolitische Amt der NSDAP wies in einer Presseerklärung auf den Besuch von Daig hin und meinte jetzt recht vieldeutig, „durch diesen mit großer Initiative und gutem Willen von beiden Seiten vorgetragenen Vorstoß sei, wie es scheint, die ganze Frage der Neugestaltung des Südostraumes in Fluß geraten.“

Jakob Bleyer machte sich aus all diesen Beobachtungen seinen eigenen Vers. Es war für ihn alarmierend, daß im „Völkischen Beobachter“ vom 5. 4. 33 zu lesen war, der „besondere“ Aufgabenkreis des unter Rosenbergs Leitung neugeschaffenen Außenpolitischen Amtes der NSDAP umfasse die „Bearbeitung der Probleme des Osttraums und des Donauraumes“. Eingedenk der Tatsache, daß Hitler bereits seit langem das Südtiroler Deutschtum preisgegeben hatte, befürchtete Prof. Bleyer, daß die Auswirkungen der neuen Konstellation für das ungarländische Deutschtum katastrophal sein würden: offene Erklärung der jetzt unter Hitlers Führung stehenden Reichsregierung, daß die Madjarisierung des ungarländischen „Schwabentums“ die kameradschaftliche Zusammenarbeit der beiden antibolschewistischen Staaten nicht berühre. In dieser Situation entschloß er sich dazu, die maßgebliche Stelle darüber aufzuklären, daß der Schriftleiter Holländer am „Völkischen Beobachter“ jüdischer Herkunft sei⁵⁶).

Inzwischen hatte er im Budapester Parlament die Gravamina der Volksgruppe vorgetragen. Seine sorgfältig vorbereitete Erklärung löste Sturmszenen aus. Eine erregte Presseberichterstattung hatte vom 15. Mai an verschiedene studentische Demonstrationen zur Folge. Gömbös nahm zu den Vorfällen, die im In- und Ausland großes Aufsehen erregten, verhältnismäßig spät Stellung und sprach dabei von „zentrifugalen Kräften“, die in der Provinz sichtbar würden. Da er die Bleyer-Anhänger als diese „zentrifugalen Kräfte“ bezeichnete und bei einer späteren Rede sich dagegen verwahrte, daß in Ungarn auf dem Gebiete der Minderheitenpolitik „neue Propheten“ auftreten, wurde jedem Einsichtigen deutlich, daß die Regierung Gömbös entschlossen war, kein Entgegenkommen mehr zu zeigen. Wenn er im Parlament Bleyer aufforderte, seine Wünsche vorzutragen, so erhielt diese Zusage einer Aussprache ihre Akzentuierung durch die ergänzende Mitteilung, er werde diese Wünsche „unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Interessen klären“.

In seinem pessimistischen Briefe an Graz hatte Bleyer vor rund 9 Monaten davon gesprochen, daß nur ein Gespräch zwischen Budapest und Berlin weiterführen könne. Die ungarische Regierung erklärte jetzt durch den Mund von Gömbös, daß sie die Mittel habe, die ganze Frage selbst zu lösen. Es sei nicht zulässig, daß ein ungarischer Staatsbürger „jenseits der Landesgrenze Schutz suche“⁵⁷).

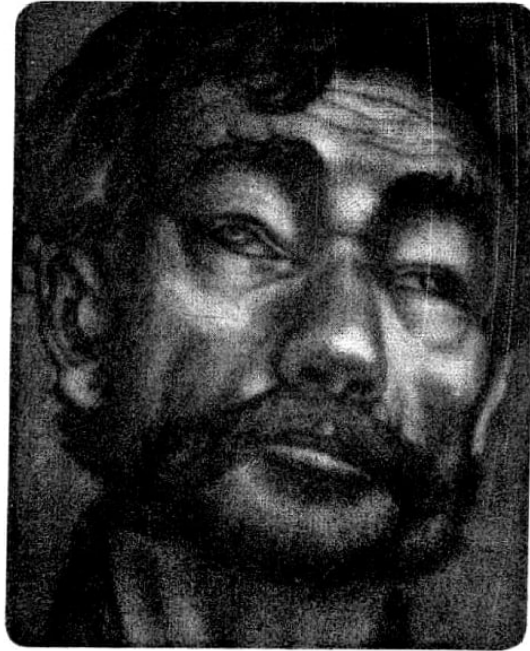
Wie verhielt sich Berlin? Die Budapester Demonstrationen fanden in der Presse starke Beachtung, entscheidend aber war, daß sich Hitlers Organ über die Zwischen-

fälle völlig ausschwig⁵⁸). Der „Fall Bleyer“ wurde in der Parteipresse nicht aufgegriffen, dafür unterstrich sie bei den verschiedensten Gelegenheiten die traditionelle deutsch-ungarische Freundschaft. Die NSDAP wurde dabei in besonderer Weise als die Institution herausgestellt, die diese Freundschaft pflegt. Dieser Verzicht auf jede Berücksichtigung der volksdeutschen Frage wurde in Ungarn durchaus honoriert: das Staatsoberhaupt wurde bemüht, um zu Ehren eines Hauptabteilungsleiters im Außenpolitischen Amt der NSDAP ein Gartenfest zu geben, und als Gömbös nach Berlin fuhr, vergaß er nicht, auch Alfred Rosenberg, dem Leiter des erwähnten Amtes, einen Besuch zu machen.

Damit waren die Fronten klar: Die Budapester Regierung konnte fortan im Einvernehmen mit der NSDAP in Sachen des ungarländischen Deutschtums die Maßnahmen ergreifen, die sie vom Standpunkt ihres Staatsideals aus für richtig hielt. Bleyers Alternative des Jahres 1932 erwies sich als Fehlschlag: es war nicht der UDV, sondern die zur Madjarisierungspolitik weiterhin entschlossene Regierung, die die Verbindungen zu den neuen Machthabern in Berlin ausnützte. Es lag daher nur in der Logik der Dinge, wenn sich der von der Regierung mit der Führung des UDV beauftragte Gustav Graß an das Außenpolitische Amt und an die Auslandsorganisation der NSDAP wandte, als er während des sog. Richtungsstreits nach Möglichkeiten suchte, die Anhänger der „Volksdeutschen Kameradschaft“ (Basch) auszuschalten. Bei der NSDAP fand er volle Unterstützung, mußte jedoch (mit Bedauern) erkennen, daß der UDV, der die von Basch geführte Volksschutzarbeit förderte, „sich auch im nationalsozialistischen Deutschland eine gewisse Autonomie zu bewahren wußte und noch nicht vollkommen gleichgeschaltet war“⁵⁹).

Nach dem Tode Bleyers⁶⁰) erwies es sich sehr bald, daß das ungarländische Deutschtum keinen Führer besaß, der in der Lage gewesen wäre, den alten Kurs in überlegener Weise einzuhalten. Der Richtungsstreit, der zur Ausschaltung der großen Mehrheit der Schüler Bleyers aus dem UDV führte, zeigte das mit aller Deutlichkeit. Dr. Franz Basch, der Sprecher der „Volksdeutschen Kameradschaft“, wußte zuviel von dem Pessimismus seines Lehrers, daß er unbefangenen den Versuch hätte machen können, das Verhältnis der Volksgruppe zur Regierung auf eine neue Ebene zu stellen. Er mußte es als aussichtslos ansehen, mit dem Regierungschef Gömbös eine neue Form vertrauensvoller Zusammenarbeit zum Wohle des ungarländischen Deutschtums finden zu können: wenn sein Lehrer Bleyer, der sich Verdienste um die Gegenrevolution erworben hatte, nicht im Stande war, den zum madjarisierenden Nationalismus neigenden, wenn auch — wie die Abschwächung des Antisemitismus beweist! — zu kühnen Kompromissen bereiten Ministerpräsidenten für einen neuen Ausgleich zu gewinnen, wie sollte er, Franz Basch, dem das Soldatische nicht lag und dessen Interessen bisher stark dem Literarischen geglolten hatten, Chancen haben?

Dr. Basch entsprach in keiner Weise den Vorstellungen, die der durchschnittliche reichsdeutsche Nationalsozialist von einem „Volksführer“ hatte. Er war in der Vorstellungswelt seines Lehrers Bleyer innerlich beheimatet und hatte keineswegs mit den Traditionen des katholischen Vaterhauses gebrochen. Auch als Volksgruppenführer vermied er es, in einen Gegensatz zu den christlichen Kirchen zu geraten. Er rang persönlich um eine katholische Frömmigkeit, die starke Elemente der mittelalterlichen Mystik in sich aufgenommen hatte. Meister Eckehard und Tauler bedeuteten ihm viel. Auf der anderen Seite ergab sich für ihn gerade auf dem kirchenpolitischen Gebiete ein Dilemma: der ungarische Episkopat förderte weithin die Madjarisierung und war ohne Zweifel ein Faktor von hoher politischer Bedeutung; Basch bejahte die Kirchen als wichtige Institutionen des Volkslebens, besaß jedoch — im Gegensatz zu Bleyer — keine Möglichkeit, die leitenden Männer der Kirchen im Gespräch zu einem besseren Verständnis der Volksgruppenwünsche zu veranlassen⁶¹).



Zigeuner
1938 — Mezzotinte

Franz Schubach



Viehmarkt
1954 — Öl

Franz Schunbach

Baschs Analyse der Situation führte zu dem Ergebnis, daß der Versuch gemacht werden mußte, mit anderen Kräften in der ungarischen Politik zusammenzuarbeiten. Verschiedene Mitglieder der Volksdeutschen Kameradschaft kandidierten daher auch bei den Wahlen 1935 mit dem oppositionellen Programm der „Kleinlandwirte“. Zu diesem Entschluß, der zweifellos der „gouvernementalen“ Tradition des ungarländischen Deutschtums widersprach, trug die schwierige Situation bei, in der sich Basch Berlin gegenüber befand. Wohl unterstützte der VDA wohlwollend die volkskulturelle Arbeit im ungarländischen Deutschtum, aber: wie lange konnte dieser Schutzverband seine autonome Stellung gegenüber und neben der NSDAP behaupten?⁶²) Bei der starken kirchlichen Bindung⁶³) des ungarländischen Deutschtums mußte eine Übertragung der Parteigrundsätze auf die volksdeutsche Arbeit verheerende Folgen haben. Eine offene, Erfolg verheißende Aussprache über diese Fragen mit der Leitung der NSDAP bot sich dem jungen Dr. Basch nicht. Die NSDAP war durch ihren obersten Führer und vor allem durch ihr „Außenpolitisches Amt“ (Rosenberg) an Gömbös gebunden. Außerdem mißtraute sie dem Sprecher der „Volksdeutschen Kameradschaft“, weil er zu enge Bindungen an jüdische Kreise⁶⁴) hatte und sich stets auf seinen Lehrer Bleyer als Autorität berief — den gleichen Bleyer, der in den Augen alter Nationalsozialisten viel zu stark konfessionell gebunden war und „verdächtige“ Beziehungen zu katholischen Politikern (wie etwa zu dem Prälaten Kaas) gepflegt hatte. Es bedurfte einer langen Arbeit volksdeutscher Führer aus anderen Siedlungsgebieten, um den Bann, der von 1934 an von der NSDAP ausgesprochen war, zu lösen. Dazu trug wesentlich bei, daß unter den Nachfolgern von Gömbös auch politische Kräfte stärker ins Spiel kamen, die keine so intimen Beziehungen zu den führenden Nationalsozialisten besaßen.

Wenn auch die Budapester Regierung nach dem Tode von Gömbös aus verschiedenen Gründen den deutschen Nationalsozialismus mit weniger Sympathie betrachtete, so war sie doch sorgfältig bemüht, den vorhandenen Kontakt mit der NSDAP, der sich gut dem einheimischen Deutschtum gegenüber ausspielen ließ, zu erhalten. Abgesehen von Italien gab es unter den Achsenmächten kein Land, das über engere Beziehungen zu der staatstragenden Partei in Deutschland verfügte. Besuche hoher Parteiführer in Budapest waren häufig, erinnert sei etwa an den Besuch des nationalsozialistischen Beamtenführers Hermann Neef, der kurz vor den Wahlen am 29. 3. 35 in der ungarischen Hauptstadt zu einem Vortrag eintraf. Dieser Zeitpunkt war nicht ungeschickt gewählt: unmittelbar nach dem Eintreffen dieses Wortführers der NSDAP besuchte Innenminister N. Rozma volksdeutsche Gemeinden in den Komitaten Tolna und Baranya, um hier — als Chef der Verwaltung! — vor der Wahl volksdeutscher Kandidaten zu warnen. Wenn in Bonyhád Franz Basch mit 5267 gegen 7121, in Bácsalmás Karl Cauborn mit 3488 gegen 5282 und Franz Kubach in Soroksár mit 5490 gegen 7531 Stimmen unterlag, so war dieser Erfolg der Einheitspartei — die Volksdeutschen kandidierten mit einem oppositionellen Programm! — auch darauf zurückzuführen, daß der Innenminister den Verwaltungsapparat für die Regierungskandidaten einsetzte. Unter Hinweis auf den gleichzeitigen Besuch eines nationalsozialistischen Parteiführers in Budapest ließen sich jedoch etwaige Vorwürfe der reichsdeutschen Presse leicht abfangen.

Auf der gleichen Linie lagen Verhandlungen zwischen Innenminister v. Czelli und Rudolf Heß im Sommer 1937. Wir können sie nur aus der auffälligen Tatsache erschließen, daß beide Politiker zur gleichen Zeit Erklärungen zur Minderheitenpolitik abgaben. Während der ungarische Innenminister am 15. 7. 37 der Presse mitteilte, daß die Regierung keinen Anlaß habe, neue grundlegende Verfügungen auf dem Gebiete des Minderheitenwesens zu treffen, auch nicht gegenüber der deutschen Volksgruppe, die (unter Verstoß gegen die geschichtliche Wahrheit) als „nicht autochthon“ bezeichnet wurde, — während sich v. Czelli also sehr zurückhaltend äußerte, unterstrich

der Chef der Parteikanzlei der NSDAP zur gleichen Zeit, daß das ungarländische Deutschtum wie bisher in Treue dem ungarischen Staate dienen solle. Von einer „Treue gegenüber dem eigenen Volk“ war nicht besonders die Rede, ausdrücklich wurde jedoch festgestellt, daß die NSDAP die ungarische Minderheitenpolitik bejahe und begrüße.

Als dann Ende Januar 1938 der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter B o h l e, vor der „Ungarischen Gesellschaft für Außenpolitik“ erklärte, daß das Reich und die NSDAP nicht daran dächten, ihre Beziehungen zu Ungarn durch „inoffizielle Exkursionen politischer Phantasten“ gefährden zu lassen, empfanden alle Beteiligten gewisse Sätze seiner Rede als bewußte Absage an die Arbeit der „Volksdeutschen Kameradschaft“ unter Basch. Wenn Bohle unterstrich, daß die Budapester Regierung in ihrer Minderheitenpolitik auf dem richtigen Wege sei, so wußte die magyarische Öffentlichkeit diese Schützenhilfe der NSDAP gegen das einheimische ungarländische Deutschtum zu schätzen. Der offiziöse „Pester Lloyd“ brachte die Rede Bohles nahezu im Wortlaut und versah einen Leitartikel, der sich am 25. 1. 38 mit dem Inhalt der Rede befaßte, mit der Überschrift „Eine willkommene Klarstellung“. Obwohl Bohles Vortrag Belanglosigkeiten mit Selbstverständlichkeiten verknüpfte, mußte doch dieser Rede von Seiten des einheimischen Deutschtums größte Bedeutung beigemessen werden: hier distanzierte sich ein hoher Führer der NSDAP, der zugleich im Auswärtigen Amt tätig war, deutlich von den kulturell-völklichen Bestrebungen der ungarländischen Deutschen, wenn er auch in einem Nebensatz zugab, daß die kulturelle Entwicklung dieser Gruppe in Berlin mit Interesse verfolgt werde. Auch Bohle, der in Horthy den Befreier Ungarns „von einem Béla Kun und seinen kommunistischen Helfershelfern“ sah, wurde vom Reichsverweser empfangen, galt es doch, unmittelbar vor dem Beginn der großen Revisionspolitik im Donauraum das alte Bündnis zwischen den Trägern des Horthy-Regimes und der NSDAP nochmals zu festigen. Von diesem Bündnis profitierte auch Gustav Graß, der wiederholt darauf hinwies, daß die NSDAP die Budapester Minderheitenpolitik billige. Das war freilich eine Aussage, die innerhalb des ungarländischen Deutschtums ab Anfang 1938 nicht mehr recht geglaubt wurde. Das zeigte sich den Beziehern der Zeitschrift „Volk und Heimat“ sehr deutlich, als sie lasen, daß sich Dr. Max Annabring (Februarausgabe) und Wilhelm Bäuml (Maiausgabe) vom UDV damaliger Prägung distanzieren und zu Franz Basch übergangen.

Hatte die „Volksdeutsche Kameradschaft“ die von Bleyer stets verfolgte Linie einer guten Zusammenarbeit mit der Regierung nolens volens verlassen müssen, so fehlte es Gustav Graß an der nötigen Kraft, den unabdingbaren Forderungen nach einer Verbesserung des Schulwesens den nötigen Nachdruck zu verleihen. Als alter Diplomat sah er diese Probleme von der höheren Warte aus, die Wirklichkeit des Dorfes und der ungarischen Verwaltungspraxis war ihm fremd. Als überzeugter Legitimist war er ein Gegner des Nationalismus, als Beamter fügte er sich den „patriotischen Forderungen des Staates“, der sich als Werkzeug des Nationalismus empfand. Aus diesem inneren Widerspruch heraus ist es begreiflich, daß er den ungarischen Staatsbeamten Prof. H u ß, den die „Volksdeutsche Kameradschaft“ zu ihrem Schirmherrn erkoren hatte, stets öffentlich verteidigte⁶⁵). Sprach aber ein Nicht-Beamter die gleichen Gedanken wie Huß aus, so vermutete er eine „unpatriotische Gesinnung“. Obwohl Graß ein überzeugter Liberaler war und 1935 seinen Parlamentssitz einer ausgesprochen demokratisch-liberalen Partei verdankte, folgte er bei den Auseinandersetzungen im UDV den von der Regierung gezogenen Linien: mit der NSDAP gegen die „Volksdeutsche Kameradschaft“.

Wenn John A. Lukács bei der Besprechung der Situation 1953 für Ungarn ausführte, daß der „Nazi“ Basch und der „Konservative“ Graß um die Führung in der Volksgruppe kämpften, und daß die Entscheidung dadurch fiel, daß Basch die „heimliche

Unterstützung“ von Gömbös fand⁶⁶), so ist diese Darstellung in allen Teilen unhaltbar. Sie beginnt mit einer falschen Charakterisierung der Personen: Graß war nicht „konservativ“, sondern „liberal“ und „legitimistisch“, Basch kein Nationalsozialist. Unhaltbar ist dann zweitens die Chronologie: als Graß im März 1938 in „Magyar Szemle“ seinen Aufsatz über die innere Entwicklung des UDV veröffentlichte, war eine Entscheidung noch nicht gefallen. Als er dann im Jahre 1939 sein Amt niederlegte, war zu vermuten, daß die Regierung nunmehr bereit sein würde, mit Basch als dem Sprecher der Volksdeutschen zu verhandeln. Schließlich ist die Annahme, daß Basch mit dem stillschweigenden Einverständnis von Gömbös freie Hand erhielt, nicht nur nicht beweisbar, sondern erweisbar falsch. Gömbös war es, der Graß ersuchte, weiterhin den UDV zu führen. Als er starb, war bei den ungarischen Behörden keinerlei Neigung vorhanden, den Kreis um Basch anzuerkennen. Noch im Spätsommer 1939 ist es für die führenden Budapester Zeitungen selbstverständlich, daß sie im „Richtungsstreit“ für den UDV und gegen die „Kameradschaft“ Stellung nehmen⁶⁷).

Die neue Situation, die am 30. 8. 1940 in dem Wiener Volksgruppenabkommen sichtbar wird, kann nicht aus Vorgängen erklärt werden, bei denen das Gewicht der deutschen Volksgruppe von Einfluß war. Entscheidend war ausschließlich die außenpolitische Situation.

Das Münchener Abkommen hatte in Ungarn die Befürchtung geweckt, die Grenzänderungen im ostmitteleuropäischen Raum könnten sich weiterhin so vollziehen, daß Ungarn mit seinem Revisionsprogramm nicht voll zum Zuge kommt. Beschwörend übersandte „Pesti Hirlap“ unmittelbar nach München allen größeren Zeitungen im deutschen Sprachgebiet eine Ausarbeitung, in der eine sofortige Lösung des „Oberland“-Problems gefordert wurde. Die madjarischen Volksgebiete müßten sofort an Ungarn angeschlossen werden, in allen anderen (slowakischen, karpatenukrainischen und deutschen) Gebieten sei das Selbstbestimmungsrecht anzuwenden⁶⁸).

Der Entschluß, für das Selbstbestimmungsrecht einzutreten, setzte aber (etwa im Hinblick auf Siebenbürgen, Gathmar, das Banat oder die Batschka) voraus, daß man zumindest den in diesen Landschaften lebenden Volksdeutschen eine Rückkehr nach Ungarn schmackhaft machte. Als Tibor Eckhardt am 6. 10. 39 über die Ursachen des polnischen Zusammenbruchs sprach, verwies er auf zwei Hauptgründe: 1. das Fehlen natürlicher Grenzen und 2. die Existenz unzufriedener Nationalitäten. Es sei daher für Ungarn dringend erforderlich, eine gute Zusammenarbeit mit den Nationalitäten zu suchen. Ungarn müsse für die Angehörigen nationaler Minderheiten mehr als eine bloße „Wohnstätte“ sein, sondern „Heimat“ — eine Heimat, in der sie sich wohlfühlen⁶⁹).

Der Entschluß, zu einem Volksgruppenabkommen zu gelangen, entsprach also internen Budapester Erwägungen, die sich nicht in erster Linie auf das Deutschtum im Trianon-Ungarn, sondern auf die Volksgruppen bezogen, die im Norden, Südosten und Süden bei einer Wiederherstellung der alten Grenzen in den Staatsverband eingegliedert werden würden. Daß diese Erwägung, der bevorstehende Endkampf um das Revisionsprogramm erfordere eine Anpassung an die in der Slowakei bereits vollzogene Ausbildung einer „volksdeutschen Autonomie“, ausschlaggebend war, erklärt auch, warum die Budapester Regierung über diesen Punkt keine Vorverhandlungen mit ihrer eigenen Minderheit führte. Dr. Basch erfuhr von dem Abkommen durch die Tageszeitung. Die große Bedeutung, die bei dieser Absprache der „ausenpolitischen Optik“ zukam, erklärt übrigens auch, warum Ungarn die Wiener Formulierungen nicht — wie es in der Slowakei geschehen war und in Rumänien geschah — in ungarisches Staatsrecht umwandelte. Die Wiener Unterhändler dachten bei der Unterzeichnung nicht in erster Linie an die Konsequenzen, die sich für das einheimische Deutschtum ergaben, sondern an die Werbekraft einer solchen Erklärung in den Nachbarländern — und im deutschen

Führerhauptquartier. Denn das war ja das Hauptargument, das dem durchaus madjarenfreundlichen Hitler⁷⁰) von Besuchern und Ratgebern entgegengehalten wurde, wenn er von dem „größeren Ungarn“ sprach: die Völker und Volksgruppen des alten Ungarn wollten nicht nach Ungarn zurück, nicht einmal die Deutschen.

Das überwiegende Interesse am Abschluß dieses Abkommens lag also auf ungarischer Seite: man hatte im Außenministerium längst eingesehen, daß Tibor Eckhardts Hinweis auf die polnische Katastrophe berechtigt war. Aber auch die Wilhelmstraße hatte ein bestimmtes Interesse an dieser Vereinbarung. Es widersprach dem Wesen eines Schiedsspruchs zwischen Rumänien und Ungarn, wenn nur für ein Land — Rumänien — Vereinbarungen über die Rechte der deutschen Volksgruppe getroffen wurden. Daß solche Absprachen mit Bukarest erfolgen sollten, stand für die Wilhelmstraße seit längerem fest: Der Volksdeutschen Mittelstelle war es seit dem Herbst 1938 möglich geworden, bei den Fragen des Deutschtums in Rumänien das letzte Wort zu sprechen. Aus einer Schiedsrichterfunktion, die sie angesichts der inneren Auseinandersetzungen innerhalb der Volksgruppe ausüben konnte, entwickelte sich de facto die Funktion einer Mitbestimmung. SS-Obergruppenführer Lorenz war daran interessiert, dieser Funktion eine rechtliche Grundlage zu geben. Das konnte jedoch nur dadurch geschehen, daß es 1. zwischen Rumänien und dem Deutschen Reich zu einem völkerrechtlichen Vertrag kam und 2. die deutsche Volksorganisation auch formell nationalsozialistisch organisiert wurde. Bei späteren Meinungsverschiedenheiten in einer „nationalsozialistischen“ Gliederung mußte der zuständigen Berliner Dienststelle selbstverständlich die Entscheidungsbefugnis zufallen.

Gegenüber dem ungarländischen Deutschtum war die Stellung der Volksdeutschen Mittelstelle bisher recht schwierig gewesen. In Rumänien verdankte Dr. Bruckner seine Stellung formell jenem Schiedsspruch vom Herbst 1938, auch er war nicht der eigentliche Kandidat der Berliner Parteistellen: 1940 zeigte sich, daß seit längerem Andreas Schmidt, der Schwiegersohn eines einflußreichen SS-Führers, vorgesehen war. In Ungarn beruhte die Stellung Baschs ausschließlich auf dem Vertrauen der Mitarbeiter und auf der demokratischen Bestätigung durch die Delegiertenversammlungen. Letztlich leitete sich seine Autorität aus der Tatsache ab, daß sein Lehrer Bleyer ihn in den engeren Kreis gezogen hatte. Vom Standpunkt der Volksdeutschen Mittelstelle aus gesehen war es erwünscht, mit Ungarn zu einem Abkommen zu gelangen, das diesen reichsdeutschen Dienststellen zumindest moralisch das Recht gewährte, sich in Angelegenheiten der Volksgruppenführung einzumischen. Die Rechte, die das Abkommen den Deutschen nunmehr zusicherte, erschienen nach der langen Zeit der Enttäuschung weitgehend als eine Erfüllung der Wünsche, für die Bleyer einst vergeblich gekämpft hatte. Zum ersten Mal erhielt eine 500 000 Personen starke Volksgruppe eine höhere Schule (Jakob Bleyer-Gymnasium in Budapest)! Erkauft wurde die Verbesserung der Lage mit einer Fesselung der Volksgruppenführung an die Volksdeutsche Mittelstelle, die sich freilich mit ihren Weisungen in einem Deutschtumsgebiet, das bis dahin so wenig vom Nationalsozialismus beeinflusst war wie das des ungarländischen Deutschtums, erst langsam und auch nicht auf allen Gebieten gleichmäßig auswirken konnte.

Man kann darüber streiten, ob das Interesse der Budapester oder das der Berliner Politik am Abschluß des Wiener Volksgruppenabkommens das stärkere war. Wesentlich ist für seine Beurteilung, daß es nicht den Forderungen der Betroffenen entsprach: sie waren beschenkte Opfer. Entscheidend waren die großen Gesichtspunkte der Hitler'schen Kriegsführung und der ungarischen Außenpolitik. Diese Gesichtspunkte ließen jedoch — zumindest während der Dauer des Krieges — eine „eigenständige“, d. h. „autonome“ Gestaltung des Lebens der ungarländischen deutschen Volksorganisation nicht zu.

Als sich Jakob Bleyer Anfang 1917 zum ersten Mal grundsätzlich über die Lage der deutschen Minderheit äußerte, schrieb ihm sein Universitätskollege Josef Bayer: „Du hast Dich zwischen die Puffer zweier Eisenbahnen gestellt. Wenn die Menschen einsehen, daß Du nicht den Zusammenprall, sondern die Verkopplung herbeiführen willst, dann kann nichts Schlimmes geschehen“. Bis zu seinem Tode war Bleyer ständig bemüht, den klugen Lokomotivführer zu spielen, der — nach den Worten Bayers — die aus entgegengesetzten Richtungen kommenden Wagen zu einem Zug verbindet, der in einer von allen Mitfahrern gemeinsam gewünschten Richtung fährt. Zwischen 1934 und 1940 rangierten, um im Bilde zu bleiben, die beiden Eisenbahnen unentwegt auf dem Bahnhof: es kam zu keiner gemeinsamen Fahrt mehr, aber auch nicht zu einem Zusammenstoß. Der zweite Weltkrieg enthüllte dann die schreckliche Wahrheit, die in dem Bilde liegt: es war kein Lokomotivführer da, der es hätte versuchen können, den verschiedenen Wagen die Richtung zu geben, die dem Wohle des ungarländischen Deutschtums entsprach.

Der heiße Wunsch der Budapester Außenpolitik nach einer möglichst totalen Revision des Friedens von Trianon traf sich mit den strategisch-politischen Zielsetzungen, die Hitlers Handeln und Denken vor dem offenen Ausbruch der Krise im deutsch-russischen Verhältnis bestimmten.

Das Opfer dieser Konstellation wurde das ungarländische Deutschtum — und zwar vor allem deshalb, weil 1. die ungarischen Revisionserwartungen mit der Zerschlagung Jugoslawiens zunächst ihren Abschluß fanden. Fortan bestand bei den Behörden kein Interesse mehr daran, das Wiener Abkommen zu einer echten verfassungsrechtlichen Autonomie umzubilden. Da die Transponierung dieses völkerrechtlichen Vertrages in ungarisches Landesrecht nie erfolgte, konnte es auch nie gelingen, die öffentliche Meinung von der Richtigkeit des Vertragsabschlusses zu überzeugen. Sie sah — völlig zu Unrecht — in dem Wiener Abkommen lediglich eine nationalsozialistische Einmischung und damit eine Verletzung der Grundsätze ungarischen Staatsdenkens. Ganz besonders galt dies Urteil dem Vertrag über die Einberufung der Volksdeutschen zur Waffen-SS. Bei dieser Sachlage konnte bei Nicht-Eingeweihten leicht der Eindruck entstehen, das ungarländische Deutschtum habe absichtlich und planmäßig diese Durchbrechung des ungarischen Staatsrechts herbeigeführt. Dieser Eindruck beruht jedoch auf irrigen Annahmen. Die Motive für den Abschluß der Wiener Vereinbarung ergaben sich aus internen Gesichtspunkten der Berliner und der Budapester Politik. Die Volksgruppe ist lediglich Objekt.

2. Der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges gab allen Vorgängen im ungarischen Raum einen völlig anderen Akzent. Hatte das Wiener Abkommen der Gesundung und Entfaltung der bodenständigen deutschen Volkskultur dienen sollen, so wurde es jetzt zu einem Instrument der totalen Eingliederung der Volksgruppe in das Kriegsgeschehen. Angesichts der Mentalität der Völker des Südostens konnte die Reichsführung nicht erwarten, daß die verbündeten Staaten Ungarn, Slowakei, Rumänien und Kroatien dafür Sorge tragen würden, daß eine „totale“ Erfassung aller wirtschaftlichen und militärischen Kräfte erfolgen würde. Die inzwischen erfolgte Organisation der deutschen Volksgruppen sorgte jedoch dafür, daß aus den südostdeutschen Siedlungsgebieten alles herausgeholt wurde, was für das Kriegsgeschehen wichtig war. Das bedeutete aber, daß das Eigenleben der Volksgruppen mehr und mehr aufhörte. Es entspricht nicht bloß den Geboten persönlicher Fairneß, sondern auch den methodischen Prinzipien der Geschichtswissenschaft, wenn der Historiker diese zwingenden Bedingungen beachtet, falls er etwa ein Urteil über das Wirken eines Mannes wie Dr. Franz Basch ab Sommer 1941 fällen soll.

In diesem Zusammenhang muß schließlich auch unterstrichen werden, daß die Führer der Deutschen Ungarns einen engeren Kontakt mit den „Pfeilkreuzlern“ und anderen

„nationalsozialistischen“ Madjaren mieden. Kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges war die madjarische Gesellschaft weitgehend davon überzeugt, daß der Wahlerfolg dieser Gruppen in erster Linie auf die nur oberflächlich assimilierte Mittelschicht zurückzuführen sei. „Magyar Nemzet“ schrieb sogar am 18. 6. 39, daß die Assimilation bei dieser „weichmadjarischen“ (hímagyarságú) Schicht lediglich eine Fassade sei, hinter der sich „das Aufsteigen der Welle ihres früheren Blutes“ vollziehe. Jedoch: ein statistisch einwandfreier Beweis für die These, daß die Pfeilkreuzler in erster Linie Assimilanten erfaßten, liegt nicht vor. Es genügt nicht, auf einige wenige Deutschstämmige hinzuweisen, die für die Ideen dieser Gruppe warben. Es fällt auf, daß die Pfeilkreuzler 1935 bei den Wahlen in den Bezirken besonders erfolgreich waren, die nicht gerade als Bezirke mit deutscher Bevölkerung gelten können; 1939 gewannen sie ihre Stimmen vor allem in Budapest und Umgebung⁷¹). Solange eine befriedigende sozialpsychologische Analyse der Pfeilkreuzlerorganisation nicht vorliegt, sollte man mit Behauptungen im Sinne von „Magyar Nemzet“ vorsichtig sein — auch, wenn sie bei Julius Egeffü und anderen bedeutenden Geistern Beifall fanden. Sicher ist aber, daß die deutsche Volksgruppe jeden engeren Kontakt mit diesen Gruppen vermied. Das war schon deshalb sehr nötig, weil sich die von der Regierung abhängige Verwaltung bis dahin immer wieder als entscheidender Faktor erwiesen hatte: es wäre unklug und für das Deutschtum unmittelbar schädlich gewesen, mit der rechtsradikalen Opposition zusammenzuarbeiten⁷²). Die Volksgruppenführung hatte allen Anlaß, weiterhin die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze der herrschenden Klasse sorgfältig zu beachten.

Erst in jenem Augenblick, in dem die drohende Katastrophe ihre Schatten auf das Südostdeutschtum warf, erlaubte das allmählich eintretende Chaos bis zu einem gewissen Grade ein Zurückgewinnen der früheren Initiative. Aber im Angesicht der nach Westen stürmenden Roten Armee mußte sich jeder Versuch einer deutschen Volksgruppe, ihre Eigenständigkeit zu behaupten, als Illusion erweisen. Das gilt auch für Ungarn. Die letzten großen Entscheidungsschlachten brausten über das Land und seine Völker hinweg: es ging nicht mehr um das Heilige Stefansreich oder um eine neue Ordnung des Zusammenlebens der Völker im Donauraum. Es ging um die militärische Sicherung von möglichst weit vorgeschobenen Ausgangspositionen für die politische Gestaltung des Weltbürgerkrieges. Gegenüber diesem Vorgang war die Ausrufung einer Regierung der Pfeilkreuzler unter Szálasi eine belanglose Arabeske. Sie berührte das ungarländische Deutschtum nicht: Szálasi wurde ohne jede Fühlungnahme und ohne irgendeine Mitwirkung der Volksgruppenführung eingesetzt. Das ungarländische Deutschtum, eingespannt in den Schraubstock der totalen Kriegsführung, brachte seine Opfer für eine Heimat, der die madjarische Führungsschicht trotz der Katastrophe von Trianon nicht die Friedensordnung zu geben vermochte, die mit Jakob Bleyer so viele einsichtige Madjaren ersehnt hatten: eine den Idealen des Nationalitätenzeitalters entsprechende gerechte Lebensordnung aller Völker⁷³).

Anmerkungen

- 1) Desiderius (Dezső) Guljof, Zwei Nächte ohne Tag. Zürich 1948, S. 446 f.
- 2) Stefan Kertész, Diplomacy in an Whirlpool, Notre Dame 1953, vgl. dazu „Südostdeutsche Heimatblätter“ 1955, S. 80.
- 3) Nicholas Kállay, Hungarian Premier. New York 1954.
- 4) Diese Debatte wurde durch einen Aufsatz des Historikers J. Egeffü verursacht. Die Feststellung, daß ein Teil der Deutschstämmigen, die man bereits für madjarisiert hielt, gesinnungsmäßig zum Volkstum der Vorfahren zurückkehrte, beunruhigte bestimmte Kreise des Madjarentums.

5) John A. Lukacs, *The Great Powers and Eastern Europe*, New York 1953, vgl. etwa S. 463, 769. Auf S. 92 lesen wir: „Roth, the leader of the Transylvanian Saxons, was a Nazi now and gained the confidence and following of the German minority in Rumania by 1936. The entire Lutheran clergy of German-Transylvania supported him.“ Schon durch diese Zeilen beweist Lukacs, daß er über die Entwicklung des Südostdeutschtums mangelhaft unterrichtet ist.

6) Imre Kovács, *Im Schatten der Sowjets*. Zürich 1948, vor allem S. 55.

7) Gemeint ist hier wohl das Volksgruppenabkommen von 1940, das zwischen den beiden Außenministern Csáky und v. Ribbentrop am 30. 8. 1940 vereinbart wurde. In inhaltlicher Beziehung wiederholt es die Grundsätze, die bereits im alten Nationalitätengesetz von 1868 und in § 58 des Gesetzesartikels XXXIII 1921 festgelegt waren. Da sich in Ungarn zumeist das Problem der Durchführung amtlich verkündeter Grundsätze ergab, lag das Schwergewicht des Abkommens nicht in den einzelnen Bestimmungen. Entscheidend war zunächst, daß es sich um einen bilateralen Vertrag handelt, also um eine der auf dem Gebiete der Minderheitenpolitik recht häufigen zweiseitigen Absprachen. Vgl. dazu M. Anna Brining, *Volksgeschichte der Deutschen in Ungarn*, Stuttgart 1954, die kritischen Bemerkungen von Paul Flach in seiner „Richtigstellung des Auffasses von Ladislaus Buzás über Franz Anton Basch auf Seite 617 des 1. Bandes der *Neuen Deutschen Biographie*“, München 1954, S. 10. Bedeutsam war ferner, daß ausdrücklich eine Organisation — der „Volksbund der Deutschen in Ungarn“ — genannt wurde, die im Zweifelsfall bestimmen sollte, ob jemand Volksdeutscher sei oder nicht. Bis dahin hatte sich die ungarische Regierung diese Befugnis vorbehalten und z. B. zu Lebzeiten Bleyers bei der „Wahl“ des Vorstandes des UDV entscheidend mitgewirkt.

Frägt man nach der Initiative, die zu dieser Absprache führte, so ist zunächst festzustellen, daß die ungarndeutsche Volksgruppe überhaupt nicht gehört wurde. Ihre Führung erfuhr von dem Abkommen durch die Zeitung. Wie stark damals die Initiative der Berliner und Budapester Diplomaten war, läßt sich nach dem jetzigen Forschungsstand nicht feststellen. Auf jeden Fall aber war die ungarische Regierung außerordentlich daran interessiert, von Hitler an den Erfolgen zukünftiger Südostpolitik beteiligt zu werden. Im Hinblick auf die Rückgliederung Siebenbürgens und der Gebiete der früher „Südungarn“ genannten Landschaften lag ihr außerdem an einer Demonstration, die bezeugen sollte, daß Ungarn bereit sei, fremder Volksart Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Man darf das Wiener Abkommen nicht loslösen vom Datum der Unterzeichnung: es hat, chronologisch gesehen, nichts mit Trianon-Ungarn zu tun, sondern ist der erfolgreichen Revisionspolitik zugeordnet, die Hitler Horthy ab Herbst 1938 erlaubte. Es war ein Appell an die Deutschen Nordsiebenbürgens, der Batschka und des Banats. Zugleich aber sollte das Abkommen die Fahne der Hoffnung sein, die man den Serben und Kroaten weithin sichtbar — als Bekenntnis zum historischen Ungarn — aufzog.

8) Hier wären Männer wie Edmund Steinacker, Adam Müller-Guttenbrunn, Domherr Johannes Huber, Guido Sündisch, Reinhold Heegn, Georg Steuer und vor allem Jakob Bleyer zu nennen.

9) Der Nachlaß wurde für die bisher ungedruckte Dissertation von Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, der Führer des ungarländischen Deutschtums (München 1936) verwertet. Aus der Feder dieser Autorin erschien ein Beitrag „Jakob Bleyers Eintritt in den Kampf für das ungarländische Deutschtum“ in den „Südostdeutschen Forschungen“ I (1936), S. 78—115.

10) Gustav Graß hat den größten Teil seiner Äußerungen zur Frage des Deutschtums in Ungarn in dem Band „Deutsch-Ungarische Probleme“, Budapest 1938, gesammelt.

11) C. A. Macartney, Hungary and her successors. London 1937.

12) Münchener Neueste Nachrichten (MNN) Nr. 159 vom 7. 4. 19.

13) MNN Nr. 162 vom 9. 4. 19. Béla Kun wird im heutigen kommunistischen Schrifttum entweder übergangen oder getadelt. Er scheint zum Trotsky-Flügel gehört zu haben, der Hauptvorwurf gegen ihn besagt, daß er zum Schaden des ungarischen Proletariats die Ratschläge Lenins nicht beachtet habe.

14) Vgl. etwa MNN Nr. 162 vom 9. 4. und Nr. 168 vom 12./13. 4. 19.

15) MNN Nr. 154 vom 3. 4. 19.

16) Es ist ganz interessant, daß die Parallele zwischen München und Budapest bis in die Legende geht, daß Ritter von Epp München und Admiral Horthy Budapest befreit hätten. Beide Legenden haben freilich eine große innerpolitische Rolle gespielt.

17) Das schloß nicht aus, daß es gelegentlich zu Schwierigkeiten mit den Behörden kam. Charakteristisch für das damalige innerpolitische Klima ist, daß ein Einschreiten der von der SPD geführten bayerischen Landesregierung gegen Werbemaßnahmen des Freikorps Epp die Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei zu einem scharfen Protest veranlaßte, vgl. MNN Nr. 151 vom 2. 4. 19.

18) Von besonderer Bedeutung war hier der ehemalige Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Kanzler. Er hat dreimal in Budapest verhandelt. Seine Stellung in Bayern wird durch das gute Verhältnis zu Rahr und Escherich sowie durch seine Mitgliedschaft beim Deutschvölkischen Schutz- und Trugbund charakterisiert. Ihm gelang es, für das Land Bayern aus Ungarn Getreide — gegen Waffen für die „Move“, den von Gömbös organisierten Wehrverband — zu beschaffen. In das Tagebuch K. Kanzlers machte Gömbös am 17. 12. 20 folgende Eintragung:

„Richtige Erkenntnis zeitigt richtige Entschlüsse. Ich will hoffen, daß Deutschlands wirkliche Größe richtig erkennen, welcher Weg zu gehen ist in der nächsten und in der weiteren Zukunft und glaube, daß dieser Weg niemals den Weg der ungarischen Interessen kreuzen wird.

Unser Weg heißt: staatliche Unabhängigkeit, Rassenpolitik, Politik der christlichen Moral, Politik der Ehre und der Tradition, Militarismus, Integrität unseres Vaterlandes.

Mit diesem aufrichtigen Bekenntnis will ich Herrn Kanzler begrüßen als Präsident der Move.

Wir werden auferstehen!“

(ungedr., mit freundlicher Genehmigung des Herrn Kanzler.)

19) Louis Varjassy, der dem Szegediner Kabinett als Handelsminister angehört hat, beschreibt das Entstehen dieser gegenrevolutionären Bewegung interessant in dem Buche „Révolution, Bolchevisme, Réaction. Histoire de l'occupation française en Hongrie 1918—19, Paris 1934. Varjassy sagt von sich, daß er als Freimaurer französisch orientiert gewesen sei.

20) L. Varjassy a.a.D. S. 70 f.

21) L. Varjassy a.a.D. S. 133 ff. Auf S. 140 wird das Urteil über Horthy äußerst scharf formuliert. Mit Hilfe einiger hundert Offiziere habe er sich, gestützt auf die Geschicklichkeit von Bethlen und Gömbös, durchsetzen können. Geholfen habe dabei der aus England stammende Ententebeauftragte Sir George Clark. „Il se maintient au pouvoir par le suffrage restreint et public, par le népotisme dans l'administration, et par la terreur des procédures judiciaires.“

22) Macartney a.a.D. S. 445. Es kann nicht übersehen werden, daß Ungarn das erste Land war, das dem Ausland den Nachweis lieferte, daß auch „christliche“ und „nationale“ Regierungen in der Lage sind, Terrorakte gegen Andersdenkende auszuführen oder zu dulden. Die Nachrichten über den „weißen Terror“ haben im Ausland starkes

Auffsehen erregt, wurden jedoch in der deutschen Presse mit Rücksicht auf die immer noch drohende bolschewistische Gefahr entweder stark unterbelichtet oder verschwiegen.

23) Sonntagsblatt (Budapest) v. 27. 11. 21, 6. 8. 22 und 18. 3. 23.

24) Árpád Török, Jakob Bleyer als Nationalitätenminister. Ungarische Jahrbücher XIV (1934), S. 35—45; Macartney a.a.D. S. 445 ff.; Nation und Staat Juli 1928 (Text).

25) Der Name „Burgenland“ geht auf den ev.luth. Pfarrer, späteren Prof. Roland Steinacker zurück. Raum berücksichtigt die Haltung der Bevölkerung Elisabeth de Weiß in ihrem interessanten Aufsatz „Dispute for the Burgenland in 1919“ (Journ. of Centr. Europ. Aff., III, S. 147—166), vgl. auch W. Goldinger in Benedikt, Geschichte der Republik Österreich (1954), S. 81 ff.

26) Zu dieser Minderheit, die die Bildung eines autonomen Vierburgenlandes innerhalb Ungarns, jedoch mit zollpolitischem Anschluß an Österreich, forderte, gehörten u. a. Roland Steinacker, Dr. Ammon und Apotheker Wolf.

27) So sah z. B. die „Vossische Zeitung“ (29. 1. 20) in Bleyer einen „Stoßungarn“, der alles Deutsche verurteile. Bleyer hat 1933 in einer Rede (Sonntagsblatt 14. 5. 33) daran erinnert, daß er damals den „tiefen Groll der deutschnationalen Kreise in Deutschland und Österreich“ hervorgerufen habe.

28) Er war in der „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher“ bzw. in der „Katholischen Vereinigung für nationale Politik“ tätig, die sich für Hitler einsetzte, vgl. etwa „Völkischer Beobachter“ (V.B.) Nr. 54 vom 23. 2. 33.

29) Vgl. dazu den Aufsatz „Der Südosten im Spiegel der Wilhelmstraße 1919 bis 1939“ in dieser Ztschr. III, 4.

30) Der Kreis um Gömbös besaß so hervorragende Beziehungen zur Leitung der NSDAP, daß z. B. im V.B. Nr. 118 vom 24. 5. 29 ein Aufsatz „Ungarns außenpolitische Aktivität“ erscheinen konnte, in dem unter Hinweis auf den Besuch Zaleskis u. a. ausgeführt wurde, das gute Verhältnis zwischen Budapest und Warschau könne zu einer Brücke für eine deutsch-polnische Verständigung werden.

31) Sonntagsblatt 3. 9. 22.

32) Sonntagsblatt 10. 8. 30. Gömbös gehörte zusammen mit dem Fürstprimas Serédi und einigen reformierten Bischöfen zum Ehrenpräsidium einer Vereinigung, die sich die Namensmadjarisierung zur Aufgabe machte.

33) Briefe im Bleyer-Nachlaß.

34) Gustav Gratz, Deutschungarische Probleme, Budapest 1938, S. 17 ff. Diese Sammlung von Reden und Aufsätzen (zumeist Auszüge) dokumentiert die grundsätzliche Haltung eines Mannes, der den möglichen Konflikt zwischen „Staatsgemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“ von vorneherein dadurch ausschloß, daß er der Staatsidee die Kompetenz-Kompetenz zusprach. Wer ihn kannte, weiß, daß er durch die deutsche Kultur geprägt war. Als ehemaliger Außenminister und anerkannter Wirtschaftspolitiker hielt er es jedoch für seine Pflicht, auch in Kulturfragen des einheimischen Deutschtums auf die jeweiligen Wünsche der Regierung Rücksicht zu nehmen. In diesem Sinne übte er auch sein Amt im UOV aus. Auf jeden Fall verbanden sich in seinem Denken der entschiedene Legitimus eines Anhängers des Hauses Habsburg mit der nationalliberal verstandenen ungarischen Staatsidee und einem privaten Bekenntnis zum Kulturdeutschtum. Gratz lehnte den Begriff der „Volksgemeinschaft“ nicht unbedingt ab (a.a.D. S. 14 ff.), unterstrich jedoch, daß es sich nicht um eine „überstaatliche“, sondern um eine „außerstaatliche“ Gemeinschaft handle, die die Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten nicht einträchtigen dürfe. Er dürfte freilich die Definition der Volksgemeinschaft, die M. Anna-Bring im „Sonntagsblatt“ (14. 1. 34) gab, nicht akzeptiert haben.

³⁵⁾ Leider fehlt eine zusammenfassende kritische Darstellung der Volksschutzbewegung. Unterlagen über die Konflikte zwischen dem VDA und der NSDAP (und insbes. auch der HY) sind (in Privatbesitz) reichlich vorhanden. Wichtig zwei von Dr. Steinacher und Dr. Ullmann nach dem Zusammenbruch verfaßte Denkschriften sowie die 1954 in Kiel erschienene Arbeit „Verpflichtendes Erbe. Volkstum im Ringen um seinen Bestand und seine Anerkennung“, vor allem S. 38 f.

³⁶⁾ Instrukтив der Aufsatz von Georg Franz, „München: 8. November 1923. Voraussetzungen und Hintergründe des Hitler-Putsches“ (Die Österreichische Kirche 7. 11. 53).

³⁷⁾ J. E. Trebitsch-Lincoln, Das größte Abenteuer des 20. Jahrhunderts!? Die Wahrheit über mein Leben. Wien 1931, vor allem S. 199 ff.

³⁸⁾ Akten der Polizeidirektion München Abt. VIa F., Vernehmungprotokoll vom 30. 1. 24.

³⁹⁾ Einige Stichproben: Im Jahrgang 1925 wird bei allen Berichten über Ungarn Horthy sehr positiv behandelt, obwohl dem Ministerpräsidenten Bethlen vorgeworfen wird, er lasse Ungarn „verjuden“ (29. 9.). Lediglich einmal (6. 6.) wird etwas versteckt eine Kritik des Reichsverwesers angebracht: „Horthy ist völkisch und antisemitisch und ließ sich trotz dieser Empfindungen durch Bethlen dazu benutzen, die Macht der Juden zu vergrößern.“ Daß Bethlen (den der V.B. vielfach, z. B. in Nr. 74 und 79 des Jahrganges 1933 begeistert gepriesen hat) nicht völlig durch die NSDAP in den Bann getan werden konnte, ergab sich schon daraus, daß Horthy ihn ernannt hatte. Daher schließt auch der Aufsatz vom 29. 9. 25 mit einem freundschaftlichen Appell zur Besinnung und Reue: „Ob Bethlen und Horthy endlich einsehen werden, daß nur auf den Pfeilern des christlich-völkischen Gedankens das neue Ungarn aufgebaut werden kann?“ Als Gregor Graf Traßler am 20. 5. 25 Aufsatzzpunkte für eine Außenpolitik, wie sie sich die NSDAP wünschte, nannte, wurden u. a. die Türkei und Ungarn erwähnt. Man müsse für einen „Bund der unterdrückten Völker“ alle Kräfte zusammenfassen, die Beschwerden gegen die Pariser Vorortverträge haben. Diese Anregung griff Tibor Eckhardt, der damalige Präsident des Ébredő Magyarok Egyesülete, auf und lud zu einem antisemitischen Weltkongreß ein (Der Weltkampf II, 468). Unter dem Deckmantel einer „ornithologischen Tagung“ fand diese Zusammenkunft im Oktober 1925 statt, es nahmen u. a. Prof. Guza und Alfred Rosenberg teil. Kurz vor Weihnachten des Vorjahres hatte zum ersten Mal ein Vertreter der NSDAP, Kurt Luedcke, an einer großen Tagung der „Erwachenden Ungarn“ teilgenommen (Der Weltkampf II, 75).

Die besondere Bedeutung der „Erwachenden Ungarn“ für die NSDAP macht ein Satz deutlich, der in einem grundsätzlichen Aufsatz von Kurt Luedcke (im „Weltkampf“ II, 98—112) steht: „Über Ungarn laufen die Fäden zu Polen und Rumänien, Bulgarien und der Türkei; wobei zu beachten ist, daß auch Italien aus rein realpolitischen Gründen an der ungarischen Frage interessiert bleiben muß, wenn auch Mussolini, was uns betrifft, eine zögernde und hinhaltende Politik für richtig hält; aber er wird und muß handeln, wenn wir in Deutschland so weit sind.“

Ungarn hatte also eine Mittler-Aufgabe. Daher auch das starke Presseinteresse, vgl. etwa den Jahrgang 1929 des V.B. Obwohl der V.B. verhältnismäßig häufig über das Grenz- und Auslandsdeutschtum berichtet, schweigt er sich in diesem Jahrgang über das ungarländische Deutschtum aus.

⁴⁰⁾ V.B. Nr. 109 vom 12./13. 5. 29.

⁴¹⁾ V.B. Nr. 34 vom 3. 2. 33.

⁴²⁾ V.B. Nr. 7/8 vom 7./8. 1. 33.

⁴³⁾ V.B. Nr. 162 vom 16. 7. 29.

⁴⁴⁾ V.B. Nr. 194 vom 23. 8. 29.

45) V.B. Nr. 295 vom 20. 12. 29. Hitler sah in Atatürk einen Nachkommen von im Kurdentum aufgegangenen Germanen, vgl. in dieser Zeitschr. III, S. 158.

46) Vgl. dazu „Verpflichtendes Erbe“, S. 73 ff.

47) V.B. Nr. 116 vom 22. 5. 29.

48) Tagebuch des Forstrats Escherich (Privatbesitz).

49) Zwei Reisen nach Budapest kosteten Kanzler die führende Stellung, die er bei den österreichischen Heimatwehren einnahm. Es ist verständlich, daß man in Österreich, wo das Ringen um das Burgenland ja erst mit der Abstimmung im Dedenburger Gebiet (Mitte Dezember 1921) abgeschlossen wurde, die engen Beziehungen der Münchener Kreise zu Gömbös und anderen Politikern Ungarns mißtrauisch betrachtete. Vgl. Rudolf K a n z l e r, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus, München 1931, S. 105 f. u. 248.

50) Er fuhr Mitte März 1920 mit Trebitsch-Lincoln, der in seinem Buch S. 199 ff. darüber berichtet, nach Budapest, um dort Pläne für eine „mitteleuropäische Gegenrevolution“, die zunächst zu einer Beseitigung der „roten“ Herrschaft in Wien führen sollte, zu arbeiten. An diesen Arbeiten beteiligten sich intensiv Gömbös, Tibor Eckhardt und Baron Prónay. Oberst Bauer wurde von Horthy in Audienz empfangen und überreichte ihm einen Brief Ludendorffs.

51) Der ehem. Abg. bzw. Botschafter v. Meesér, der zum engsten Kreise um Gömbös gehörte, hat dem Verf. erzählt, daß seine Freunde und er die NSDAP in ihrer „Kampfzeit“ gelegentlich wirtschaftlich unterstützt hätten. Wie weit D. Braun und andere Rechtsradikale, die nach Ungarn flüchteten, aus dem Exil heraus der NSDAP helfen konnten, läßt sich kaum noch klären. Über die Auslandsfinanzierung der NSDAP ist übrigens ein Buch von H. L u t z (Stanford) angekündigt.

52) Kurt W. L u e d e c k e, I knew Hitler, New York 1938. Er vertrat Hitler und Ludendorff auf einem Kongreß der „Erwachenden Ungarn“ und traf Tibor Eckhardt bei verschiedenen Gelegenheiten. In einer Unterredung fragte ihn Gömbös zu Weihnachten 1924 nach den realen Erfolgsaussichten Hitlers aus. Vor einem inneren Kreis der „Erwachenden Ungarn“ mußte L. freimütig über die Situation der NSDAP nach dem Hitlerputsch sprechen, vgl. S. 127 f., 187, 249 f., 261 ff.

53) Der Gedanke einer „faschistischen Internationale“ taucht häufiger auf. Als jedoch im Großen Faschistischen Rat auf Vorschlag des Generalsekretärs Bastianini erwogen wurde, eine „moralische Verständigung“ mit den in Frage kommenden Gruppen herbeizuführen, winkte der V.B. (2. 5. 25) für die NSDAP ab. Solange Mussolini den Hauptfeind Europas — das Judentum — nicht offen bekämpfe, sei seine Bewegung in der Gefahr, „eine national-liberale demokratische Partei zu werden“.

54) V.B. Nr. 276/7 und 283/4 vom 2./3. bzw. 9./10. 10. 32, 15. u. 22. 1; 33;

55) Sonntagsblatt 19. 2., 12. 3., 2., 9., 16. und 30. 4. 1933.

56) Persönliche Mitteilung von Prof. Bleyer. Der enthusiastische Artikel, den der V.B. im März 1933 (Nr. 79) über einen Münchener Vortrag des Grafen Bethlen veröffentlichte, ist mit Ho. gezeichnet. Im deutschen Antisemitenlager dachte man über Bethlen wenig günstig. Die bis 1933 von Alfred Rosenberg herausgegebene Zeitschrift „Der Weltkampf“ schrieb wiederholt sehr negativ über Bethlen, vgl. etwa I (1924), Heft 3 und vor allem Heft 2, S. 43, wo es heißt, B. habe sich der „ungarischen Synagoge unterworfen“. Im Bd. VIII (1931) erklärt L. Levatic v. Nagyfalna, die „völlige Versklavung und Verjudung Ungarns“ sei unvermeidlich, wenn die Bethlen-Regierung noch weiter am Ruder bleibe.

57) Sonntagsblatt 28. 5. 33. Schon in seiner Antrittsrede vor der Konferenz der Einheitspartei (5. 10. 32) hatte Gömbös ganz knapp erklärt, daß er ein Freund der Natio-

nalitäten sei, „bis sich keine zentrifugalen Kräfte melden, die die Einheit der Nation gefährden könnten“. Auf einen Trinkspruch erklärte er, daß er sich zum „Volk an der Wolga“, zu den „Reitern mit ihren Speeren“, bekenne. „Das ist der Punkt, an dem ich am zugänglichsten bin.“ Vgl. Julius Gömbös, Für die nationale Selbstzwecklichkeit, Budapest 1932.

⁵⁸⁾ V.B. vom 15. 5. 33 bringt einen Artikel „Ungarn und die deutsche Revolution“, am 24./25. 5. folgt ein größerer Bericht über eine Rede des ungarischen Außenministers und am 31. 5. wird in großer Aufmachung mitgeteilt, daß Gömbös einen Hauptabteilungsleiter des Außenpolitischen Amtes (Werner Dais) offiziell empfangen habe. Reichsverweser Horthy gab für den Abgesandten der NSDAP ein Gartenfest. Am 3. 6. erscheint dann ein groß aufgemachter Artikel über die Gespräche, die die unter der Leitung von W. Dais stehende Abordnung geführt habe. Besonders stolz ist der V.B. darüber, daß die NSDAP-Vertreter von allen führenden Persönlichkeiten empfangen wurden und zwar von Horthy, Gömbös, N. Kállay, Imrédy, Jabinyi. Schließlich begrüßt der V.B. am 19. 6. Gömbös, der Hitler in Berlin aufsucht, in einem herzlichen Leitartikel. Von den Volksdeutschen ist nie die Rede.

⁵⁹⁾ Magyar Szemle, April 1938, abgedr. bei Graß a.a.D. S. 24 ff.

⁶⁰⁾ Während zahlreiche Tageszeitungen (so etwa die „Münchener Neuesten Nachrichten“) einen ausführlichen Gedenkartikel auf Bleyer veröffentlichten, beschränkte sich der V.B. auf eine knappe Notiz über den Tod.

⁶¹⁾ Über die Haltung der kath. Kirche in der Madjarisierungsfrage vgl. H. J. Beyer, Umvolkung (1945), S. 439 ff. und etwa einen Aufsatz von G. Calacz in „Kisebbségi Körlevél“ 1944, Heft 3/4. Über die Entwicklung im evangelischen Lager vgl. Heimler und Spiegel-Schmidt, Deutsches Luthertum in Ungarn, Düsseldorf 1955, S. 79 ff.

⁶²⁾ Die für Pfingsten 1936 vorgesehene VDA-Tagung in Bremen wurde verboten, im Oktober des gleichen Jahres wurde der Bundesleiter des VDA, Dr. Steinacher, verhaftet. Die offizielle „Beurlaubung“ Dr. Steinachers am 21. 10. 1937 zeigte an, daß das ungarländische Deutschtum fortan in Berlin keine Stelle mehr hatte, die bereit war, die volklich-kulturelle Arbeit zu fördern.

⁶³⁾ Neben den kirchlich eingestellten Deutschen gab es eine kleine Gruppe deutscher Sozialdemokraten, die innerhalb der sozialdemokratischen Parteiorganisation durch den aus windischer Familie stammenden Géza Malasits geführt wurde. Über die sozialistische Kritik an der Budapester Minderheitenpolitik vgl. „Das Deutschtum des Südostrons“ (Schriften des Deutschen Schulvereins Südmark) Jahrgang 1928 S. 62 f. (Graz 1929), Jahrgang 1930 S. 102 (Graz 1931), Jahrgang 1931 S. 80 (Graz 1932). Innerhalb der Volksgruppe wurde 1929/30 ein engeres Zusammengehen mit den Sozialdemokraten erwogen, jedoch wieder abgelehnt.

⁶⁴⁾ Persönliche Mitteilung eines führenden Mitarbeiters der ehem. Volksdeutschen Mittelstelle.

⁶⁵⁾ Karl Kurt Klein, Richard Huß (Schriftenreihe der deutschen Forschungen in Ungarn, Bd. 10), Budapest 1943. Hier wird übrigens mit Recht unterstrichen, daß der von der Regierung eingesetzte Dr. Graß es nicht für bedenklich hielt, daß der UDV aus dem Ausland Gelder erhielt. Das Aebel bestehe darin, daß der Staat die Verwendung dieser Gelder z. Bt. nicht zu kontrollieren vermöge (S. 136).

⁶⁶⁾ John A. Lukács a.a.D. S. 92. Lukács hätte lediglich das Buch von Graß, „Deutschungarische Probleme“ zu Rate ziehen brauchen: da wird z. B. auf S. 240/1 ein Ausschnitt aus einem Artikel abgedruckt, den er am 20. 3. 38 über die „Bedingungen der Versöhnung im UDV“ veröffentlichte. Annabring führt a.a.D. S. 104 f.

durchaus richtig aus, daß Graz 1939 zu der Überzeugung kam, daß der Machtzuwachs des Reichs auch in der Minderheitenpolitik Ungarns spürbar werde. Daher dankte er ab. Am 1. 11. 40 wurde der UDV formell aufgelöst, tatsächlich war er damals über ein Jahr tot. Die Entscheidungen fallen also nicht 1935/36, sondern 1939: aus Gründen, die mit den außenpolitischen Erwartungen Ungarns zusammenhängen.

67) So etwa „Magyar Nemzet“ 19. 8. 39.

68) „Was fordert Ungarn von der Tschechoslowakei“. Sonderdruck des „Pesti Hirlap“ vom 20. 10. 38 in deutscher Sprache. Es kann nicht übersehen werden, daß es zwischen dem 2. 11. 1938 und dem 12. 1. 1939 zu 22 Grenzzwischenfällen kam; man war auf ungarischer Seite sehr nervös. Am 1. 1. 39 schrieb Tibor Eckhardt in „Magyar Nemzet“, Ungarn werde niemals auf seine natürliche Nordgrenze, die auf dem Karpatenkamm liege, verzichten. Als Hitler den Madjaren die Karpaten-Ukraine überließ, bedankte sich Horthy überschwenglich, vermied jedoch eine exakte geographische Bezeichnung. Statt des Begriffs Karpaten-Ukraine (Karpaten-Ruthenien) oder einer alt-ungarischen Komitatsbezeichnung verwendet Horthy die poetische Bezeichnung „Quellengebiet“, die sich auch auf die Slowakei beziehen läßt. Tatsächlich war jedoch Hitler nicht bereit gewesen, den madjarischen Forderungen nach einer Angliederung der Slowakei Rechnung zu tragen. Die Herstellung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze war 1938 ein Ziel der englischen, nicht der deutschen Politik. M. E. ist die Darstellung der entscheidenden Vorgänge bei John A. Lukács a.a.D. S. 194 ff. und bei Joseph A. Mikus, La Slovaquie dans le drame de l'Europe, Paris 1955, S. 105 ff. nicht ganz korrekt; vgl. in dieser Zeitschr. III, S. 161 ff.

69) Man darf nicht übersehen, daß Ungarn entschlossen war, eine formelle Eingliederung der zu besetzenden Gebiete vorzunehmen. Man begnügte sich daher z. B. in der Batschka nicht mit einer Besatzungsverwaltung. Unter der Regierung Kállay wurde eine umfangreiche Siedlungsaktion (vor allem Székeler aus dem Buchenland) durchgeführt. Auch dann, wenn man auf die Zählung von 1921 zurückgeht, kommt man lediglich auf einen madjarischen Anteil von 35 v. H.; Deutsche (22,3), Serben (21,2) und Kroaten (12,4) sind zusammen bedeutend zahlreicher. Da die Zunahme der serbischen Bevölkerung bis 1941 z. T. auf Zuwanderung aus dem Süden beruhte, ging man in Budapest davon aus, daß man den serbischen Anteil der Bevölkerung durch Annullierung gewisser Siedlungsaktionen und durch andere Maßnahmen erheblich verringern könne. Es blieben jedoch als beachtliche Faktoren die Deutschen und die Kroaten, unter letzteren vor allem die im madjarischen Schrifttum oft behandelten Bunjewagen und Schokagen. Auf diese Gruppen, die rund ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, mußte psychologisch eingewirkt werden — insbesondere aber auf die Deutschen, die unter jugoslawischer Herrschaft ihr volkskulturelles Leben einigermaßen hatten ausbauen können.

Die Besiedlungsaktion in der Batschka geht offenbar auf ältere Erwägungen zurück. Für die Rückfiedlungsaktionen wurden die gesetzlichen und finanziellen Aktionen durch einen Kabinettsbeschluß vom 15. 11. 40 (!) geschaffen. Die Bedeutung dieser und anderer Vorgänge für die madjarisch-serbische Auseinandersetzung wird erst dann erkannt werden können, wenn mehr Dokumente zur Innenpolitik Horthys veröffentlicht sind. Über das Massaker von Neusatz vgl. die vom Verband der Landsmannschaften und vom Ostdeutschen Kulturrat herausgegebene „Kulturpolitische Korrespondenz“ vom 27. 8. 1955.

Wie sehr das Wiener Volksgruppenabkommen die Bedeutung eines „Signals“ hatte, zeigen u. a. auch die beschwörenden Worte, die Graf Bethlen in seinem Neujahrsaufsatz 1942 (in: 8 Orai Ujság) für die Siebenbürger Sachsen fand. Er hoffe, daß „diese jahrhundertalte schöpferische Schicht unseres Staates“ sich bald der Vorteile bewußt

werde, die sie genießen könne. Wohl alle führenden ungarischen Politiker sahen damals keine realen Chancen für einen echten Ausgleich mit Serben und Rumänen, hofften aber, daß sich neben den Karpatenukrainern und gewissen kroatischen und slowakischen Gruppen die Deutschen bereit finden würden, auf der Grundlage des ungarischen Nationsgedankens mitzuarbeiten.

70) Daß Hitler ein Feind der Madjaren war, ist eine Legende, vgl. diese Zeitschrift III, S. 159 ff.

71) Graf Alexander Festetics wurde in Debrecin und in Enying gewählt, in die Stichwahl kamen Pfeilkreuzler in Bezirken der Komitate Wesprim und Raab.

72) Die von Innenminister Keresztes-Fischer ausgehende Behauptung Horthys, daß die Pfeilkreuzler mit Wissen und Unterstützung der deutschen Volksgruppe die Zerstückelung Ungarns in Volksgruppengebiete und die Einbeziehung gewisser Teile eines nationalsozialistischen ungarischen Föderalstaates in das Großdeutsche Reich erstrebt hätten, muß als Gebilde polizeilicher Phantasie abgetan werden, solange sie nicht einwandfrei belegt wird.

73) Abgesehen von unbedeutenden Schwankungen beruht die ungarische Nationalitätenpolitik im 20. Jahrhundert auf durchaus einheitlichen Prinzipien: auf dem Begriff der „politischen ungarischen Nation“ und dem Gedanken des Nationalstaats. Hier ist nicht der Ort, das bei den einzelnen Autoren und Politikern auftauchende Gedankengebäude im Einzelnen zu zergliedern, für den Grafen Tisza sei etwa verwiesen auf Ernő Flachsbart, Tisza István gróf nemzetiségi politikája (Láthatár Jan. 1944). Da die Forderung nach einer politisch einheitlichen ungarischen Nation für das Schicksal der Führungsschichten bei den Nationalitäten und die inhaltliche Gestaltung der Kulturpolitik entscheidend war, sahen sich die Volksgruppen stets der Madjarisierungsgefahr gegenüber. Analysiert man (abgesehen vielleicht von Lajos Mosáry) diejenigen Vorschläge, die im 20. Jahrhundert von madjarischer Seite zur Nationalitätenfrage in die Debatte geworfen wurden, nüchtern, so ergibt sich zumeist, daß die Unterschiede im Quantitativen liegen. Viele Autoren haben vor allem nach 1919 vor einer Weiterführung der bedenkenlosen Massen-Assimilation gewarnt, viele waren bereit, den Volksgruppen ein gewisses Eigenleben auf dem Gebiete der Volkskultur zu sichern. Schwieriger wurde es schon, wenn es nicht bloß um Volksschulen, sondern etwa um höhere Schulen ging. Und selten wurden Stimmen laut, die sich bereit erklärten, z. B. der rumänischen oder volksdeutschen Elite die Gestaltung eines auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden politischen Eigenlebens zu ermöglichen. Wenn Endre Moravsek in „Magyar Szemle“ XXXVIII, 6 erklärte, daß die Angehörigen der Nationalitäten keine zweitrangigen Staatsbürger sein sollten, so war gewiß nicht an der subjektiven Ehrlichkeit dieses Satzes zu zweifeln. Ein volksbewußter Angehöriger der Nationalitäten mußte sich jedoch 1940 bei der Lektüre dieses Aufsatzes die Frage vorlegen, wie angesichts des Zentralbegriffs der „politischen ungarischen Nation“ eine Verwirklichung demokratischer Grundrechte, etwa das der Mitbestimmung im politischen Leben überhaupt möglich sei?

Uns scheint auch, daß die recht erregte Diskussion über einen Nationalitäten-Gesetzesentwurf der Pfeilkreuzler deutlich zeigt, wo für die Nationalitäten, etwa für die Volksdeutschen Ungarns, die eigentlichen Schwierigkeiten lagen. Dieser „hungaristische“ Entwurf ist vielfach in dem Sinne mißverstanden worden, daß er die Einheit des ungarischen Staatsgedankens auflockern wolle (so etwa Julius Szekfü in seiner Antwort auf einen Brief von Kálmán Hubay, vgl. Magyar Szemle, Juli 1940). Tatsächlich gingen aber auch die Pfeilkreuzler von dem Begriff der politischen Nation aus und stellten dieser einheitlichen „Nation“ die „Volksgruppen“ (nicht die „Nationalitäten“ im Sinne des Ges. Art. 1868 : 44) gegenüber. Szekfü war geneigt, diesen Wechsel in der Terminologie als sehr wesentlich anzusehen; analysiert man jedoch den Brief Hubays und den

Gesetzentwurf genauer, so ergibt sich, daß die Pfeilkreuzler in den entscheidenden Punkten nicht von der bisherigen politischen Tradition der ungarischen Gesellschaft abwichen. Daher fragte auch Eugen Szöllösi am 18. 6. 44 die Führung der deutschen Volksgruppe in seiner Zeitung „Osszetartás“, ob es wirklich ein großes Glück sei, durch die Betonung des Volkstumsgedankens aus der ungarischen Auffassung der „Nation“ ausgeschlossen zu werden? Etwas später erklärte Baron G. Kemény an der gleichen Stelle (26. 7. 44), der pfeilkreuzlerische Hungarismus halte an der Einheit der ungarischen „Nation“ fest, bejahe aber das Lebensrecht der verschiedenen Volksgruppen. Diese „traditionelle“ Einstellung der Hungaristen erklärt, warum sich die deutsche Volksgruppe von dieser politischen Bewegung fernhielt. Die Beziehungen der Pfeilkreuzler zur Auslandsorganisation der NSDAP und zu einzelnen Dienststellen der GG bedürfen noch der Aufklärung, bekannt sind ihre engen Verbindungen zu den Ustascha.